



Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
 www.gruene-muenchen-stadtrat.de

HABEN DIE GRÜNEN DIE STADT VERÄNDERT – ODER DIE STADT NUR DIE GRÜNEN?

21 Jahre Rot-Grün in München - auf dem Weg zu Grün-Rot

In München gibt es einen Feldversuch in Echtzeit zu bestaunen. Seit 21 Jahren regieren Grüne in dieser Stadt mit. Das ist die längste Zeitspanne, in der Grüne irgendwo in der Verantwortung standen und stehen – und es ist die einzige deutsche Großstadt, in der Grüne so lange die Möglichkeit zu politischer Gestaltung hatten und haben.

Haben die Grünen es geschafft, diese Stadt zu verändern – oder haben sie nur ein paar Aushängeschilder aufgehängt? Mit anderen Worten: Sieht man dieser Stadt an, dass Grüne sie mitregieren – oder sieht man das nur den Grünen an?

Im Frühjahr 2011 ist Halbzeit für die Wahlperiode 2008 – 2014 - Zeit für eine Bilanz. Aber nach den Turbulenzen des vergangenen Jahres ist es notwendig,



Zwei Generationen und öfter auch mal zwei Meinungen: Umweltschutzreferent Joachim Lorenz (60) und Grünen-Vorsitzende Katharina Schulze (25).

über eine herkömmliche Halbzeitbilanz hinauszugehen.

Das Jahr 2010 hat die Fraktion in der Wahrnehmung der Grünen Partei und der Öffentlichkeit zunehmend isoliert. Auf grünen Parteiversammlungen musste sich die Fraktion mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie stünde „nur aus Machterhalt“ zu Olympia 2018 oder dem 2. S-Bahn-Tunnel. Die Grünen StadträtInnen wurden wahrgenommen, als schwebten sie ohne jeden politischen Rückhalt bei Basis und Programmatik im luftleeren Raum. Niemand fragte mehr danach, was diese Frakti-

on in langjähriger Regierungsverantwortung erreicht hatte. Plötzlich stand der Wert des rot-grünen Bündnisses und der gesamten grünen Rathauspolitik in Frage.

Deswegen muss nach den Kontroversen des letzten Jahres die Frage nach dem Wert dieses Bündnisses gestellt werden. Zwar hat sich die Diskussion gerade beruhigt – aber was geschieht, falls München den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 2018 bekommt? Beginnt dann die Auseinandersetzung bei jedem der dann anstehenden vielen Beschlüsse von neuem?

Was drin ist

	Seite
Sozialpolitische Bilanz.....	4
Verkehrspolitik.....	7
Wie weiter mit dem AKW Isar 2?	11
Politik für Kinder und Jugendliche.....	18
Jobangebot.....	25
Bildung: Aufbruch zu neuen Ufern.....	26

Was, wenn der 2. S-Bahn-Tunnel wirklich gebaut wird? Zwar haben die Grünen geschlossen für den Südring gestimmt – dann aber entgegen einem Stadtversammlungsbeschluss mehrheitlich für einen regionalverkehrstauglichen Tunnel.

Ist das Glas halbvoll oder halbleer?

Eine Großstadt ist ja überhaupt nur durch kontinuierliche Regierungsverantwortung langsam umzugestalten. In 21 Jahren Regierungsverantwortung – aber sicher auch bei StadträtInnen, die gerade ihre erste Amtsperiode absolvieren – hat sich in der Fraktion das Selbstverständnis entwickelt, dass es oftmals besser ist, einen Vorgang mitzugestalten als ihn abzulehnen und damit die Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand zu geben. Grüne, die Politik nur aus der Rolle der Opposition kennen, haben dieses Bewusstsein verständlicherweise nicht.

Die Grünen müssen die Konflikte austragen und aushalten, die aus dieser Konstellation entstehen können – und sollten ihre unterschiedlichen Perspektiven in Rechnung stellen. Situationen, in denen die Stadtratsfraktion nur noch die Wahl hat zwischen Bündnisbruch und Bruch mit der Basis sollten vermieden werden. Die Frage, die immer im Raum steht, ist natürlich: Lohnt sich das Ergebnis mitzumachen? Sind 50% immerhin 50% Verbesserung? Oder sind 50% zuwenig und ein Grund zur Ablehnung?

Zum Standort der Fraktion

Die Grüne Fraktion will diese Halbbilanz auch zur eigenen Orientierung nutzen. Was hat die langjährige Regierungsverantwortung gebracht? Was haben Die Grünen in München seit 1990 verändert? Hat die Regierungsverantwortung den Grünen geschadet? Was haben die letzten drei Jahre gebracht? Was bringen vermutlich die nächsten drei Jahre?

1. Beim Thema „Generationen“ sind die Grünen natürlich längst eine herkömmliche Partei: Während eine alte Riege von Politmenschen Anfang der achtzi-

ger Jahre des letzten Jahrhunderts im letzten Jahrtausend die Grünen unter oft chaotischen Verhältnissen gegründet haben, war die jetzt nachfolgende Generation bei den Grünen oft noch gar nicht auf der Welt. Die verschiedenen Generationen der Grünen haben eine unterschiedliche Zeitrechnung, ab der sie politische Erfolge und Verbesserungen verbuchen. Während die Gründergeneration die Bilanz im Jahr 1984 eröffnet, als erstmals Grüne/Alternative ins Rathaus gewählt wurden, liegt für die jungen Grünen die Stunde Null im hier und jetzt, und von jetzt an sollen Reformen und Verbesserungen gerechnet werden. Das führt natürlich zu einem sehr unterschiedlichen Blick auf den Wert des rot-grünen Bündnisses.



Halbvoll? Oder halbleer? Das ist hier die Frage...

2. Ist die Grüne Stadtratsfraktion also genau in der Kampflinie zweier grüner Generationen? Ja und Nein. Ja, weil eine junge Generation Grüner ohne die Sachzwänge einer Fraktion an Themen herangehen kann. Nein, weil die Inhalte oftmals nicht generationenspezifisch sind. Ja, weil die junge Generation in der Olympiabewerbung einen Verrat an der reinen Lehre sieht. Nein, weil der Glaube an die reine Lehre nicht altersabhängig ist. Aber egal wie man es dreht und wendet: Die Debatten des letzten Jahres haben die grüne Fraktion in den Augen vieler als von der Partei abgekoppeltes Gremium eines alten „Parteiestablishments“ erscheinen lassen – obwohl die Fluktuation in der Fraktion hoch ist: Von den elf grünen StadträtInnen absolvieren fünf ihre ers-

te Periode, nur vier haben mehr als zwei Amtszeiten „auf dem Buckel“.

3. Die Grüne Stadtratsfraktion steht – wie jede Fraktion – vor einem Dilemma: Einerseits soll sie Seriosität, Regierungsfähigkeit und Kontinuität vermitteln, andererseits soll sie aber im Stadtrat das Grüne Programm möglichst unverfälscht repräsentieren. Dass dies in einem so lange existierenden Bündnis nicht permanent möglich ist, haben auch unsere KontrahentInnen in den Debatten des letzten Jahres anerkannt. Gleichzeitig bringen die Zwänge eines Bündnisses natürlich eine gewisse Unbeweglichkeit mit sich. Während fast alle anderen Grünen in Bayern in der Opposition stehen und ungebunden argumentieren können, ist die Grüne Stadtratsarbeit natürlich in jede Menge konkrete Vorgaben eingebunden. Im Endergebnis hat das dieser Stadt gut getan – lässt sich aber nur schwer in eine bayernweite reine Premium-Oppositionsrolle einbauen.

Andererseits hat im CSU-dominierten Bayern alleine schon die Tatsache Signalwirkung, dass hier die Schwarzen nicht regieren und dauerhaft von der Macht ferngehalten wurden. Es hat Signalwirkung, dass die rosa Liste als Bürgerrechtsgruppe mit uns arbeitet. Und: Der Motor dieses Bündnisses war immer die grüne Fraktion. So nervig es manchmal sein kann, dauernd alle Erfolge der Grünen im Bündnis herunterzubeten – sie zeigen, wie Grüne mit zäher kontinuierlicher Arbeit eine Stadt verändern können – und das Klima einer Stadt entscheidend mitprägen.

4. Die Grüne Stadtratsfraktion hat vieles erreicht, was inzwischen als selbstverständlich angesehen wird: 1984 gab es kein Eine-Welt-Haus, kein Ökologisches Bildungszentrum, kein Amt für Wohnen und Migration, keine Stelle für interkulturelle Arbeit, keine Frauen in städtischen Führungspositionen, kein Zentrum für Opfer von Folter und Gewalt „Refugio“, kein Modell der sozialen Betreuung für Flüchtlinge, keine Struktur zur Hilfe für sogenannte Illegale, kein Modell „Wohnen statt Unterbringung“ für Wohnungslose, keine nachhaltige Energiepolitik, keine Pläne zum Bau eines NS-Dokuzentrums, keine Parkraumbewirtschaftung, keinen behindertengerechten Ausbau des ÖPNV usw. Dafür gab es die Verfolgung

Liebe Leserinnen und Leser,

Drei Jahre sind vergangen, seitdem SPD und Die Grünen – rosa liste den Koalitionsvertrag unterschrieben haben. Drei Jahre Zeit, um die im Vertrag festgeschriebenen Vereinbarungen umzusetzen, zu übertreffen – und ebenso, um aktuelle Probleme und das politische Alltagsgeschäft zu meistern.

Grüne Politik im Rathaus orientiert sich zum einen am Koalitionsvertrag, wobei unser Partner genauso aufmerksam über die Einhaltung dieses Vertrages wacht wie wir Grüne. Ohne diese „Bündnistreue“ wären 20 Jahre erfolgreiche Politik im rot-grünen-rosa Bündnis nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus ist grüne Politik aber weit mehr als die Umsetzung des Vertrags. Grüne Politik findet sich in allen Bereichen der Stadt, so ist die Erhöhung des Anteils ökologischer Lebensmittel auf dem Oktoberfest ein ebenso integraler Bestandteil grüner Beharrlichkeit wie die Forderung nach mehr Transparenz im politischen Handeln. Grün als Vision, aber auch als Realpolitik und als Querschnittsaufgabe im alltäglichen Geschäft – das ist die Herausforderung. So konnte durch grüne Beharrlichkeit die im Koalitionsvertrag formulierte Marke von 20% erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung weit übertroffen werden: Jetzt sind 100 % bis 2025 das Ziel, die geplante Beteiligung am Kohlekraftwerk Herne wurde aufgegeben.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise machte auch im städtischen Budget Einsparungen nötig. Wir Grüne haben uns trotz der immer knapperen finanziellen Mittel für Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Arbeit, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit stark gemacht und viele unserer Forderungen auch durchgesetzt. So wurde etwa das bundesweit einmalige Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm mit 26 Millionen Euro pro Jahr fortgeschrieben, wobei die Förderung von Frauen einen zentralen Stellenwert hat. Die Kinderbetreuung wurde von der Konsolidierung ausgenommen und mit zusätzlich rund 50 Millionen gefördert. Das städtische Integrationskonzept wird die Integration von MigrantInnen auf allen Ebenen forcieren. Ein Wermutstropfen war in diesem Bereich das Aus für die Moschee am Gotzinger Platz, doch sehen wir in den Plänen das Islamische Zentrum ZIEM eine große Chance für eine kulturelle Bereicherung Münchens.

Olympia 2018 war der Dauerbrenner der letzten drei Jahre. Trotz aller schwierigen Diskussionen ist es uns gelungen, ein Umweltkonzept durchzusetzen, dass die Chance bietet, Olympische Spiele 2018 erstmals in einem ökologischen Rahmen stattfinden zu lassen.

Die Politik in einem Bündnis – noch dazu mit einem stärkeren Partner - lässt es nicht zu, grüne Forderungen 1:1-umzusetzen. So hält München noch immer Anteile am AKW Isar II, deren Verkauf wir nach der Laufzeitverlängerung wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben (s. S. 11). Mühsam ist vor allem die Verkehrspolitik (S. 7), wo CSU und SPD immer noch auf die Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs fixiert sind. Auch die kritiklose Zustimmung einer großen Stadtratsmehrheit zum wuchernden Wachstum des Münchner Flughafens zeigt, wie schwierig ein Umsteuern in der Verkehrspolitik ist. Doch steht der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs weiter ganz oben auf unserer Tagesordnung.

Eine Herausforderung jenseits des Koalitionsvertrages sind für die Stadt die Aktivitäten rechtsradikaler und neonazistischer Gruppierungen, gegen die sich in den letzten Jahren ein breites Bündnis mit starker grüner Beteiligung formiert hat. Wichtig war es auch, homophoben Hassmusikern in München die rote Karte zu zeigen.

Die grünen Erfolge in diesem Bündnis sind deutlich, die Politik in München trägt in allen Bereichen eine klare grüne Handschrift. In diesem Heft zeigen wir an den wichtigsten Themenschwerpunkten, wie Grüne Politik München gestaltet.

Lydia Dietrich

von Schwulen, ständige Versammlungsverbote, die Verfolgung von Bettlern mit horrenden Strafbefehlen, die ständige Diskriminierung von Flüchtlingen auch von Seiten der Stadtpolizei, Ökologie vor allem für die Kamera und überfüllte Mülldeponien.

5. Die Grünen haben die Protestthemen der 70er Jahre in den Stadtrat gebracht: Mietervertreibung in Haidhausen, im Westend, im Lehel, die Verdrängung der ökologischen Fragen, das Thema Atomkraft, die Gleichberechtigung der Frauen und Minderheitenpolitik - für MigrantInnen, Flüchtlinge, Schwule, Lesben. Die Grünen im Rathaus haben diese Stadt und ihr Klima geändert. Sie haben einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Kulturen dieser Stadt mitgebracht. Die Grünen haben erstmals die Politik der Großprojekte thematisiert - vielleicht nicht immer glücklich, aber sie wurden erstmals hinterfragt und Gegenkonzepte verhandelt. Die Grünen haben der sprunghaften Modernisierung dieser Stadt in den 70iger Jahren durch Olympia 1972 die gesellschaftliche Modernisierung folgen lassen: Liberalität, Multikulturalität, Politik von unten nach oben. Wir haben Modernität und neues bürgerliches Selbstbewusstsein in dieser Stadt aufleben lassen.

Der Wert der Grünen in der Regierungsverantwortung besteht nicht nur in den wichtigen Beschlüssen, die wir erreichen konnten. Der Wert besteht darin, dass wir das geistige Klima in dieser Stadt mit beeinflussen. Natürlich wütet auch auf diesem Gebiet die bayerische Staatsregierung – aber alleine die Tatsache, dass auch die CSU in München inzwischen angestrengt versucht, eine soziale und ökologische Großstadtpartei zu werden, zeigt, wie die Kernthemen der Grünen mittlerweile breite Gesellschaftsschichten durchdrungen haben.

Die wahren Großprojekte

Olympia 2018 ist ein großes Projekt in München – aber doch nur eines von vielen. Die für diese Stadt wirklich entscheidenden Zukunftsaufgaben sind der Ausbau der Kinderbetreuung in allen Vierteln, die Zurückdrängung des Individualverkehrs, der Ausbau des ÖPNV, der Umgang mit dem hohen Zugangsdruck auf München, Wohnungs-

not bei immer knapper werdenden Flächen, Fragen der Verdichtung, Verhindern des Auseinanderfallens der Stadtgesellschaft in Gewinner und dauerhaft von der Entwicklung abgehängte Verlierer, zukunftsorientierte Gestaltung der Integration, der demografische Wandel, die Zukunft der Pflege, der Ausbau der regenerativen Energien bis zur 100%-Versorgung Münchens, Bildungsgerechtigkeit, die Schaffung von mehr Transparenz und demokratischen Rechten für die Bürger.

Grüne Kommunalpolitik in Zeiten der Globalisierung und Liberalisierung ist der Aufbau und die Verteidigung sozialer und ökologischer Standards. Die Grünen haben München im Bündnis mit der SPD gut durch die wirtschaftli-

chen und sozialen Krisen der letzten 20 Jahre gebracht: Wir haben gezeigt, dass eine Kommune sich dem neoliberalen Mainstream entgegenstemmen kann, der viele Kommunen zum Verkauf ihrer Stadtwerke verführt hat. Gerade die MünchnerInnen wissen das zu schätzen. Trotz aller Anfeindungen haben wir München in einem ruhigen Fahrwasser gehalten - und dabei dauerhaft modernisiert.

Die Grünen sind nach wie vor die Speerspitze der Modernisierung. Dass diese Stadt auch anders kann, hat sie am Gotzinger Platz gezeigt oder beim Kampf um die doppelte Staatsbürgerschaft – es ist nicht selbstverständlich, dass immer die fortschrittliche Linie von grün-rot siegen muss.

Es lohnt sich hier weiterzumachen. Viele von den Grünen initiierte Konzepte werden inzwischen bundesweit nachgemacht. Die Stadtratsfraktion hat sich seit ihrer ersten Wahl auch unabhängig von Bundestrends dauerhaft vergrößert – und die aktuelle Umfragen zeigen, dass die Grünen inzwischen in der gleichen Liga wie SPD und CSU spielen. Zu einem Wahlerfolg wird sich dies aber nur verwerten lassen, wenn die oben genannten Sollbruchstellen nicht wieder aufbrechen und die Erfolge der Grünen Kommunalpolitik entsprechend vermarktet werden. Dazu will dieses Heft einen Beitrag leisten.

Siegfried Benker

Gerade in der Krise im Vordergrund:

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Zur Halbzeit der Stadtratsperiode ein kleiner Bilanzauszug aus dem umfangreichen Bereich „Soziales“: Was wollten wir, was haben wir versucht, was haben wir erreicht, was steht noch an?

Auch und gerade in der prosperierenden Landeshauptstadt München reißt die bekannte Schere kontinuierlich weiter auf: zwischen reich und arm, zwischen Teilhabe und Ausgrenzung, zwischen selbst bestimmtem Leben und Arbeiten und auf Hilfe und Unterstützung angewiesene Menschen. Ganz groß stand und steht daher für uns, gerade in krisenhaften Zeiten, soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich in allen Facetten im Vordergrund.

Eine alte und gerade wieder sehr aktuelle Forderung (nicht nur) der Grünen ist dabei die **Erhöhung der Regelsätze**. Konkreten kommunalen Gestaltungsspielraum hat München allerdings nur bei der Sozialhilfe (SGB XII) - und hier haben wir uns von Anfang an für eine Anhebung eingesetzt. Die von uns, wie auch von den Wohlfahrtsverbänden geforderten 420 Euro stehen im krassen Gegensatz zu den vor 2008 ausbezahlten 347 Euro, die vor allem in München einfach zu wenig zum Leben sind. Doch im April 2008 waren alle Hürden genommen und der Stadtrat beschloss eine Anhebung der Regel-

sätze von monatlich 347 auf zunächst 371 Euro, zuletzt dann auf 384 Euro. Eine solche freiwillige regionale Erhöhung gab und gibt es bundesweit sonst nirgends! Die Stadt München lässt sich das mittlerweile rund 5,8 Millionen Euro im Monat kosten!

Somit waren wir natürlich guter Hoffnung, als Anfang 2010 das Bundesverfassungsgericht eine neue, verfassungskonforme Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Regelsätze für Arbeitssuchende (SGB II) und die Sozialhilfe forderte. Alle gingen davon aus, dass sich somit auch die Regelsätze deutlich erhöhen würden. Umso enttäuschender waren die Berechnungsverrenkungen, mit denen es die Bundesregierung schaffte, den Haushaltsvorgaben des Finanzministeriums gerecht zu werden, statt den Bedürfnissen der Hilfesuchenden. Und damit nicht genug, nun wollte das schwarz geführte bayerische Sozialministerium der Stadt auch noch die Grundlage für die regionale Erhöhung entziehen. Entsprechend empört haben sich Grüne, SPD und selbst Teile der Münchner CSU vor Weihnachten diesem Unfug entgegen gestemmt. In enger Zusammenarbeit mit unseren Landtagsgrünen haben wir es geschafft, in München die notwendigen Grundlagen für den Erhalt der regionalen Erhöhung zu schaffen. Wir werden uns natürlich weiter-

hin dafür einsetzen, dass München einen dem Bedarf entsprechenden Sozialhilfesatz zahlt.

Ein ganz großer Erfolg war auch die Einführung der **IsarCard S**, das Münchner Sozialticket für Einkommensschwache und Hilfebedürftige, für das wir uns eingesetzt hatten. Angestoßen von einer Basisinitiative, die stark in der Öffentlichkeit agierte und an uns herantrat, war es nach langen Verhandlungen im Herbst 2008 soweit: der Münchner Stadtrat stimmte der Einführung der IsarCard S zu, wobei die Stadt sich die Kosten des Sozialtickets mit den Leistungsberechtigten teilt. Insgesamt 5,5 Millionen Euro zahlt die Stadt somit jährlich um bezahlbare Mobilität zu gewährleisten, gerade für Familien. Derzeit sind wir in Verhandlungen, um noch nachzubessern und Kompromisslösungen zu finden, wie wir Fahrten während der Ausschlusszeiten für all jene günstiger gestalten können, die im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen vor neun Uhr unterwegs sein oder Kinder auf ihrem Schulweg begleiten müssen.

Auf unsere Initiative wurde in München 2006 eine Vereinbarung zwischen Sozialreferat und den Stadtwerken getroffen, wie bei Stromschulden bzw. Energieschulden zu verfahren ist. Es war unser Anliegen, ein effektives Frühwarnsystem zu schaffen und eine

Lösung zu finden, um drohende Stromsperrungen bei Härtefällen (Familien mit Kindern, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung und alte Menschen) abgewendet werden können.

Frühwarnung vor Stromsperrern

Rund 200 bis 300 Fälle jährlich werden auf diese Weise mittlerweile konstruktiv und gütlich gelöst. Außerdem wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Sozialreferat und dem Institut für Sozialpädagogische Arbeit das Pilotprojekt „Sozialpädagogisch begleitete Energieberatung“ aufgebaut, das Haushalte mit geringem Einkommen in Sachen Energiesparen berät und schult - etwa durch sachgemäßen Umgang mit Elektrogeräten. Auch hier haken wir immer wieder nach, um ein wirklich gutes Funktionieren des Frühwarnsystems sicherzustellen.

Einen weiteren Schwerpunkt hatten und haben wir in einem Bereich, der in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stetig an Bedeutung und Brisanz zunehmen wird, nämlich beim Ausbau der Altenhilfe. Hier setzen wir uns seit langem für die Ausgestaltung von alternativen Wohn- und Unterstützungsformen im Alter ein. So haben wir für eine Ausbauintiative gesorgt, die vorsieht, 50% aller stationären Plätze in alternativen Wohnformen zu schaffen. Ebenso hat Rot-Grün die Voraussetzungen dafür geschaffen, älteren und alten Menschen den Verbleib in ihrer eigenen Wohnung bzw. im bekannten Viertel so lange wie irgend möglich zu ermöglichen und ihnen dabei die nötige Unterstützung und Pflege zu geben. In eine ähnliche Richtung geht unser Vorstoß, präventive Hausbesuche für hochbetagte Menschen über 75 Jahre einzuführen. Hierbei geht es darum, mögliche Risikofaktoren wie unerkannte (chronische) Krankheitsgeschehen, Pflegedefizite oder Sturzgefährdung aber auch soziale Isolation, versteckte Armut oder Verwahrlosungstendenzen frühzeitig zu erkennen bzw. aufzudecken.

Um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranzutreiben, formulierten wir Mitte letzten Jahres eine Antragsreihe. Diese Konvention geht über die bislang in Deutschland gängige Integration von Menschen mit

Behinderungen hinaus und verlangt die soziale Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Für Menschen mit Behinderungen wird im vollen Umfang die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme in allen Bereichen der Gesellschaft gewährleistet, wobei gleichzeitig ihre Autonomie und Unabhängigkeit gewahrt wird. Um diesen Zustand sozialer Inklusion zu erreichen müssen auch in München noch weitgehende Maßnahmen ergriffen werden. Entsprechend beantragten die grünen Stadtratsmitglieder aus dem Bildungs- und Sozialbereich ein Hearing, das die praktischen Maßnahmen für die Umsetzung von Inklusion darlegen soll. Weitere Anträge befassten sich mit dem Thema Inklusion in Schulen, Kindergärten, Förder- und Jugendeinrichtungen sowie mit diversen Maßnahmen, die helfen sollen, Armut bei Menschen mit Behinderung zu vermeiden und zu verringern und die Ausbildungsmöglichkeiten zu verbessern. Des weiteren haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Wies'n wirklich barrierefrei gestaltet und auch Menschen mit Behinderung Zugang zu Prostituierten gewährt wird.

Das Jahr 2010 war auch das Jahr der Partizipation von Kindern und Jugendlichen – und das geht zurück auf einen grünen Antrag. Der Münchner Stadtrat stellte ein Etat von ca. 60.000 Euro bereit, mit dem Ziel, eine nachhaltige Struktur von Partizipation in Verwal-

tung, Politik und den Kinder- und Jugendeinrichtungen zu schaffen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Ebenfalls auf einen Antrag von uns gehen die verstärkten Bemühungen in städtischen Kindergärten um die Umsetzung von Partizipation und Demokratie zurück. Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Umgebung, ihres Lebensumfelds und ihrer Stadt ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von echter Demokratie. In diesem Zusammenhang hat Jutta Koller noch drei weitere Partizipationsanträge gestellt, mit der Forderung, junge Menschen früher einen aktiveren Anteil am politischen Stadtgeschehen zu gewährleisten.

Humane Asyl- und Flüchtlingspolitik

Wir fordern seit jeher eine humanere Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hier hat sich die Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste ganz besonders und hartnäckig für die Schließung aller Containerunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber eingesetzt, u.a. mit diversen Anträgen und nicht lockerlassenden, immer wiederkehrenden Nachfragen. Containerunterkünfte werden in München nicht von der Stadt sondern von der Regierung von Oberbayern betrieben. Fraktionsvorsitzender Siegfried Benker und Stadträtin Gülseren Demirel beantragten daher, die Regierung



Menschenschlange bei der Münchner Tafel

zur Schließung aufzufordern und ihr bei der Anmietung von Festbauten für die Unterbringung von Flüchtlingen behilflich zu sein. Neben den unhaltbaren hygienischen Zuständen und der permanenten Überbelegung (bis zu vier Personen leben z.T. bis zu zehn Jahre lang auf 16 qm) haben wir auch immer wieder die Situation von Kindern und unbegeleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie alleinstehender Frauen in den Unterkünften thematisiert und gesonderte Unterbringung gefordert. Eine alte Forderung ist auch die Erhöhung der Regelsätze für Asylbewerber/innen. Daher freut es uns sehr, dass diese Regelsätze nun neu berechnet werden sollen. Die Leistungen für Asylbewerber/innen sind seit ihrer Einführung 1993 nicht erhöht worden und betragen noch immer 225,- Euro, die in Bayern noch dazu nicht ausgezahlt, sondern größtenteils in Form von erniedrigenden Essenspaketen und Sachleistungen ausgehändigt werden. Durch unseren unermüdlichen Einsatz haben wir es geschafft, das Thema Flüchtlinge und Menschen in der Illegalität in München immer wieder auf die Tagesordnung und ins politische Bewusstsein zu bringen. Ein ganz großer Erfolg unseres grünen Engagements ist dabei die 2009 erfolgte Einrichtung des Fonds zur medizinischen Notfallversorgung für Menschen ohne ausreichenden Versicherungsschutz. Dieses inzwischen bundesweit bekannte und beachtete Modell geht zurück

auf unsere kontinuierliche Forderung, die Lebenssituation von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt in München genauer zu beleuchten.

Nicht immer reine Harmonie bei Rot-Grün

In den vergangenen drei Jahren haben wir hier im Rathaus viele und lange Diskussionen zu diesen und anderen Themen geführt. Vieles haben wir mit Zähigkeit erreicht, manches lief anders, als wir es uns gewünscht hätten. So hatten wir sehr gehofft, dass die so bewährte Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur und Stadt („Arge“) bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen sich in irgendeiner Form würde fortsetzen lassen. Als sich abzeichnete, dass dem nicht so sein würde, haben wir uns dafür stark gemacht, dass die Stadt die Betreuung alleine übernimmt (als sog. „Optionskommune“), zumal die meisten Betroffenen ohnehin in den städtischen Hilfesystemen erfasst sind und dort sehr erfolgreich gefördert und gefordert werden. Unsere entsprechenden Anträge hatten im Stadtrat zwar durchaus eine Mehrheit, nur leider nicht die vorgegebenen zwei Drittel - die SPD stimmte dagegen. Da hätten wir uns eine Bündnispartnerin gewünscht, die sich mit mehr Selbstbewusstsein bereit erklärt, für ihre Sozialpolitik auch Verantwortung zu übernehmen. So haben wir nun ein Jobcenter, bei dem die Bundesagentur für Arbeit knallhart Ton und

Zahlen vorgibt ohne mit den Konsequenzen leben zu müssen, die wir auf kommunaler Ebene auszutragen haben. Wie sich das Jobcenter bewährt, wird sich in den nächsten Monaten zeigen, doch ein tragisch-trauriges „Wir-habenes-gesagt“ unsererseits zeichnet sich ab.

Wohnungen für Obdachlose

Wir haben eine „Task Force Kommunales Wohnungsbauprogramm“ mitinitiiert, die u.a. dafür sorgen soll, dass Obdachlose auch weiterhin schnell in dauerhafte Wohnverhältnisse vermittelt werden können, statt sie über längere Zeitspannen in Unterkünften und Pensionen unterzubringen. Dieser schon seit längerem sehr erfolgreiche Paradigmenwechsel „Wohnen statt Unterbringen“ in der Münchner Obdachlosenpolitik war übrigens auch grüner Verdienst.

Wir haben uns für größere Projekte eingesetzt und dafür, dass München das entsprechende Geld in die Hand nimmt (wie bei der IsarCard S), wir haben aber auch sehr kleinteilig gearbeitet und uns um Projekte und Initiativen bemüht und für sie gekämpft. Die freien Träger bleiben bei den derzeitigen Konsolidierungsbemühungen unangetastet, der Kinderzirkus Lilalu oder alpha beta, das Kontaktnetz für alleinerziehende Frauen mit einem behinderten Kind, sind finanziell auf den Weg gebracht.

Wir haben uns eingesetzt für die Weiterführung der regionalen Vernetzungsarbeit von Regsam. Wir kümmern uns um die vielen Einzelfälle, die an uns herangetragen werden und bauen diese Rückmeldungen aus der Praxis und Basis wiederum in unsere Arbeit ein. Wir bemühen uns um sozial ausgewogen gestaltete Wohnviertel und innovative Formen des Wohnens und Zusammenlebens. In diesem und vielen weiteren Bereichen wird es in den nächsten Jahren einiges zu tun geben. Wir werden weiter darüber reden. Mit den Expert/inn/en vor Ort, mit den Betroffenen, mit unserer Koalitionspartnerin. Und wir packen es an.

Lena Schmid Noerr



Armut zwischen Hochglanzkarosserien: Bettler in der Maximilianstraße

MOBILITÄT FÜR MÜNCHEN – ÖKOLOGISCH, STADTVERTRÄGLICH UND SOZIAL

Wir Grüne wollen mehr Mobilität bei weniger Verkehr. Wir wollen Mobilität möglichst nachhaltig, also wirtschaftlich tragfähig, ökologisch und sozial organisieren. Diese Ziele erreichen wir am besten bei kurzen Wegen, die möglichst zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden. Wo stehen wir bei diesen Zielen?

Die Basis von Verkehrsvermeidung ist die Stadt der kurzen Wege. Die Stadt München verfolgt dieses Ziel – und das unterstützen wir Grüne voll und ganz – mit dem Motto „kompakt - urban - grün“. Neue Baugebiete sollen entsprechend dicht sein, eine funktionale Mischung von Wohnen und Arbeiten aufweisen (dazu gehört auch eine funktionierende Nahversorgung) und wohnungsnah Freiflächen bieten. Wir sind hier im Großen und Ganzen erfolgreich. Dennoch müssen wir bei der Nutzungsmischung noch kleinteiliger werden, um wirklich lebendige Viertel zu bekommen, das zeigen die Beispiele Riem und Arnulfpark.

Immerhin stimmt die Erfolgsmeldung optimistisch, dass zwischen 2002 und 2008 erstmals keine Zunahme der zurückgelegten Kilometer pro Tag mehr zu verzeichnen war – nachdem diese Marke Jahrzehnte gestiegen war. Sie stagniert derzeit bei etwa 35 km. Um sie weiter zu senken, bietet vor allem eine qualifizierte Nachverdichtung gute Chancen.

„Gscheid Mobil“ setzt Maßstäbe

Mobilitätsmanagement bedeutet die systematische und professionelle Information und Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Gästen über das bestehende Mobilitätsangebot sowie das Setzen von Anreizen zur verstärkten Nutzung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds. Auf Initiative der Grünen wurde das Aktionsprogramm „München – Gscheid Mobil“ beschlossen und umgesetzt. Dabei wird z.B. allen 85.000 jährlichen Münchner Neubürgerinnen und

Neubürgern eine persönliche Mobilitätsberatung angeboten. Mit großem Erfolg: Neubürgerinnen und Neubürger mit Beratungsangebot nutzen zu 7,6% häufiger den ÖPNV als eine vergleichbare Kontrollgruppe ohne Beratungsangebot. Die Einnahmen durch mehr verkaufte Tickets übersteigen die Kosten der Maßnahme deutlich.



Zu viel Platz für Autos, zu wenig für Fußgänger: Die Sendlingerstraße ist ein Paradebeispiel für dieses Problem.

Für „Gscheid Mobil“ wurde München mit dem 1. Preis als bestes kommunales Mobilitätsmanagement in Deutschland von der deutschen Energieagentur und dem Bundesumweltministerium ausgezeichnet. Das Konzept umfasst neben dem Neubürgermarketing weitere Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, für Senioren, für Unternehmen sowie das städtische Mobilitätsportal www.muenchen.de/mobil.

München gut zu Fuß

München hat auch für seine Förderung der Nahmobilität verschiedene Preise gewonnen. Aber es lässt sich vieles noch verbessern, so z.B. die Einführung eines Wegweisungssystems und die Verbesserung der Querungsmöglichkeiten. Angesichts des demographischen Wandels werden barrierefreie Wege zu Fuß zunehmend wichtiger. Grüne Aktivitäten zugunsten des Fußverkehrs waren der Antrag zu Fußgängerbrücken im Allgemeinen und zum

Klenzesteg im Besonderen sowie die Anträge zur Berücksichtigung von Straßengestaltungen im Sinne von Shared Space. Beim Umbau des Tals bestehen noch zu unterschiedliche Auffassungen zwischen Grünen und SPD. Die Sendlinger Straße wird nach dem Umbau des ehemaligen SZ-Geländes mindestens zur Hälfte, vielleicht auch ganz

zur Fußgängerzone, dafür werden wir uns einsetzen.

Zum Fußverkehr wird es demnächst ein Antragspaket von uns geben, das die Verwaltung auffordert, eine gezielte Strategie zur Förderung des Fußverkehrs zu erarbeiten und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Mit einer konsequenten Förderung des Fußverkehrs – sofern nötig auch auf Kosten des Kfz-Verkehrs – stehen wir derzeit leider politisch ziemlich allein.

Auf dem Weg zur Radhauptstadt

Der Radverkehr war und ist ein zentrales Schwerpunktthema in dieser Legislaturperiode und nimmt in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD auch entsprechend breiten Raum ein. Wir haben die Radverkehrspauschale von 1,5 Millionen pro Jahr auf 4,5 Millionen pro Jahr erhöht und dafür gesorgt, dass sie nicht gleich wieder Opfer der Haushaltskonsolidierung wird. Erste Auswir-

kungen des von uns forcierten ehrgeizigen „Grundsatzbeschluss Radverkehr“ sind die zunehmende Anzahl geöffneter Einbahnstraßen und die noch relativ zaghafte aber immerhin in Gang gebrachte Umwandlung von Kfz-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen. Das Dauerthema Fahrradstellplatzsatzung - d.h. die Pflicht, bei Neubauten auch Fahrradstellplätze in ausreichender Zahl zu errichten, strebt im Herbst seiner Vollendung zu.

Auf unsere Initiative wurde eine Fahrradmarketing-Kampagne etabliert, die letztes Jahr den Schwerpunkt Sympathiewerbung hatte. Besonders erfolgreich war das Streetcasting „München sucht den Radlstar“ (www.radlstar.de), bei dem sich ca. 1.000 Münchnerinnen und Münchner mit ihrem Fahrrad fotografieren ließen und einen authentischen Spruch zum Radeln in München formulierten. 2011 wird die Kampagne wichtige Akteure wie z.B. den Einzelhandel miteinbeziehen. Zudem wollen wir im Rahmen der Radlkampagne ein modernes Beschwerdemanagement einrichten, bei dem kleinere Mängel gemeldet und - hoffentlich - schnell behoben werden. Die Bundesregierung hat die Kampagne zu den fünf besten Radverkehrsprojekten 2010 ausgewählt und für den wichtigsten deutschen Fahrradpreis „Best for Bike“ nominiert. Auch beim Ausbau von Radwegen ging es voran. Besonders erfreulich waren die Radstreifen in der Einstein-/Maximilianstraße. Die Beschilderung der Haupttrouten ist bald abgeschlossen. Das Radrouting wird zunehmend verlässlicher und die nächste Auflage

des Radlstadtplans ist vorbereitet. Wenig befriedigend ist bisher der Winterdienst, hier sind Verbesserungen nötig. Es stehen aber noch ganz große Aufgaben an, die wir mit Nachdruck verfolgen, so die Kapuzinerstraße, die Rosenheimer Straße, die Lindwurmstraße und die Briener Straße, bei denen der Radverkehr auf Kosten des Kfz-Verkehrs mehr Platz erhalten muss. Zumindest die ersten beiden wollen wir vor der nächsten Wahl umsetzen. Zu Hilfe kommt uns, dass der Kfz-Verkehr innerhalb des Mittleren Rings abgenommen hat und auch in den Medien immer öfter mehr Raum für den Radverkehr gefordert wird.

Der Eindruck, dass es inzwischen auf vielen Radwegen zu eng wird, täuscht nicht: Schließlich wurden 2002 nur 10 % aller Wege in München mit dem Rad unternommen, 2008 waren es bereits 14 %.

ÖPNV auf Wachstumskurs

Die Fahrgastzahlen in München steigen trotz lang anhaltender Streiks und permanenter Pannen v.a. im S-Bahn-System. In keiner zweiten deutschen Stadt nutzen die Einwohner den Nahverkehr so intensiv wie hier. Neben Attraktivitätssteigerungen, wie Busbeschleunigung und barrierefreiem Ausbau der Haltestellen, sowie demnächst beachtlichen Taktverdichtungen, bauen wir weiterhin das Gesamtnetz aus. In der Mamba 100 (Februar 2009) haben wir über unsere „ÖPNV-Offensive“ vom Dezember 2008 berichtet und den Artikel mit dem Satz beendet, dass „die

jetzige Periode wohl die erfolgreichste ÖPNV-Periode seit dem großen Ausbauprogramm im Zuge der Olympiade 1972, sein wird,“ falls wir das komplette Programm umsetzen werden. Dies scheint sich zu bewahrheiten. In dieser Legislaturperiode wurde bzw. wird:

- die Tram 23 im Dezember 2009 in Betrieb genommen.
- die Tram St. Emmeram im 4. Quartal 2011 in Betrieb gehen.
- die Verlängerung der Tram 19 zum Pasinger Bahnhof in Betrieb gehen (voraussichtlich Ende 2013).
- die Grundlagenplanung zur Tram Westtangente abgeschlossen und mit ersten konkreten Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung begonnen. Wenn alles gut geht könnte sie bereits 2015 in Betrieb gehen.
- die wesentliche Vorentwicklung der Akku-Tram abgeschlossen. Diese ist erforderlich um die Tram-Nordtangente durch den Englischen Garten realisieren zu können.
- mit ersten Vorplanungen der Verlängerung der Linien 19 (Pasing-Neuaußing-Freiham) und 23 (zur Bayernkaserne) begonnen.
- die vertiefende Untersuchungen für neue U-Bahntrasse zwischen Implerstraße und Münchner Freiheit (über Hauptbahnhof) fast abgeschlossen sein.
- im Dezember 2010 der letzte Abschnitt der U3 Nord vom Olympia-Einkaufszentrum nach Moosach in Betrieb genommen.

2. Tunnel oder Südring?

Die finanzielle Situation im ÖPNV wird sich in nächster Zeit verschärfen. Die Zuschüsse von Bund und Land für den Ausbau sind nach 2019 nicht gesichert. Das bis dahin zur Verfügung stehende Budget nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist bereits durch deutschlandweite Planungen im öffentlichen Nahverkehr bereits mehrfach überzeichnet. Die Finanzierung der Münchner Projekte ist also nicht gesichert und wir werden um jedes einzelne Projekte kämpfen müssen.

Fast genau vor einem Jahr haben wir Grünen eine intensive Debatte über den weiteren Ausbau des Münchner S-Bahn-Systems geführt. Nachdem der von uns Grünen nach wie vor favori-



Moderne Niederflurtram in München

sierte S-Bahn-Südring auch in einem neuen Gutachten nicht über den Kosten-Nutzen-Faktor 1 gekommen war, hatten wir die Wahl, entweder gänzlich aus den weiteren S-Bahn-Planungen auszusteigen oder nach konstruktiven Lösungen zu suchen. Ein Großteil der Stadtratsfraktion hat sich für letzteren Weg entschieden und für das EMM-Konzept (Europäische Metropolregion München). Drei Stadträte lehnen den Tunnel grundsätzlich ab und hoffen darauf, dass der Südring sich doch noch durchsetzt.

Der zweite Stammstreckentunnel entfaltet seine volle Wirkung, wenn sogenannte EMM-Expresse die Vorteile des Münchner S-Bahn-Systems auch für die Einwohner im weiteren Umland nutzbar machen. Das Prinzip ist hierbei: schnelle Reisezeiten mit wenigen Halten bei den EMM-Express-Zügen, die Fahrgäste aus Landshut, Augsburg oder Rosenheim direkt bis ins Herz von München bringen, wo im Bereich Marienhof/Marienplatz auch Anschluss an die U-Bahn besteht. Freistaat und Bahn – die Vorhabensträger – signalisieren, dass sie unseren Vorschlag weitestgehend umsetzen werden. Wir lassen uns regelmäßig über den Fortgang informieren. Denn eines ist klar: einen zweiten Tunnel ausschließlich für die herkömmliche S-Bahn und ohne Entwicklungssprung für den Pendelverkehr aus der weiteren Region werden wir nicht mittragen.

Die Finanzierung des Projektes ist bislang ungewiss. Frühestens mit der Olympiaentscheidung am 06.07.2011 werden wir wissen, ob die Finanzierung steht oder nicht.

Offene Baustellen

Nicht zuletzt angesichts der klammen Kassen ist es sinnvoll, die verschiedenen Verkehrsträger besser zu vernetzen. Hier haben wir erste Konzepte entwickelt, aber die politische Durchsetzung steht noch aus. Auch bei der Stadt-Umland-Bahn, wo wir mit den verschiedenen Gemeinden am Stadtrand kooperieren wollen, sind wir noch nicht weitergekommen. Derzeit denken wir über Tramverlängerungen ins Umland nach.

Nachdem wir mit dem Sozialticket bereits ein Angebot für einkommensschwache Gruppen etabliert haben, wollen wir uns jetzt mehr für Familien

einsetzen. Die Preise für Wochen- und Monatskarten sind in München günstiger als in jeder vergleichbaren Stadt Deutschlands. Hier müssen wir über Umverteilungen zugunsten von Kindern und Jugendlichen nachdenken. Gefragt sind unkonventionelle Lösungen. Es ist beispielsweise denkbar, eine erheblich verbilligte Monatskarte für Kinder anzubieten, deren Eltern bereits ein Jahresticket haben.

Diese Zusatzeinnahmen sollen auch die Eigenwirtschaftlichkeit der MVG sichern, auch damit die MitarbeiterInnen im Nahverkehr weiterhin nach dem Spartentarifvertrag „Nahverkehr“ bezahlt werden können und Ausgliederungen des Personals unterbleiben. Denn zu einem kommunalen Unternehmen gehört auch eine besondere soziale Verantwortung für die Beschäftigten.

Anzustreben ist ferner die Integration weiterer Landkreise in den MVV-Tarifraum. Die Pendlerströme gehen inzwischen weit über den bisherigen Verbundraum hinaus. Wie der bisherige Erfolg des MVV zeigt, steigen hierdurch rasch die Fahrgastzahlen. Städte wie Rosenheim und Landshut gehören in den MVV, um diesen Erfolg fortzusetzen. Dies kostet erst einmal Geld, wird sich aber durch steigende Fahrgastzahlen sowie einer Entlastung der Straßen vom Autoverkehr für die gesamte Region bezahlt machen.

Bike+Ride und Car-Sharing

Die Kombination verschiedener Verkehrsmittel gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das größte Gewicht hat für uns hier das Thema Bike+Ride. Die Abstellanlagen an den S- und U-Bahnstationen werden kontinuierlich erweitert und verbessert und – dafür haben wir im Grundsatzbeschluss gekämpft – vermehrt überdacht. Ein Desaster ist seit mehr als zehn Jahren das Thema einer Fahrrad-Service-Station am Hauptbahnhof. Aktuell gibt es Pläne für ein kleines Provisorium am Starnberger Flügelbahnhof. Für eine wirklich befriedigende Lösung rückt die Bahn die Halle des Starnberger Flügelbahnhofs leider nicht heraus.

Letztes Jahr wurde in Ulm ein neues, flexibles Car-Sharing-System eingeführt – das Car2go-Modell von Merce-

des Benz, das wie „Call a Bike“ funktioniert: Fahrzeuge stehen im öffentlichen Straßenraum und können spontan gemietet werden. Das neue Angebot kam sehr gut an und angesichts der bislang geringen Durchdringung von Car-Sharing – in München nutzen es nur 1,5 % aller Führerscheininhaber – ist es aus grüner Sicht erfreulich, dass für das Privatauto attraktive Alternativen existieren. In München gibt es mehrere Interessenten, die dieses flexible System einführen möchten. In München, wo der Parkraum bewirtschaftet ist, benötigt ein solches System eine Genehmigung der Stadt. Da sich nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt, dass die neuen Systeme zu den gewünschten Effekten – weniger Autos und weniger Autoverkehr – führen, haben wir das Ganze zeitlich auf zunächst 4 Jahre befristet. Nach 2 Jahren wird evaluiert und nur, wenn es zu einer Reduzierung des Autoverkehrs kommt, wird das flexible Car-Sharing fortgeführt.

Kfz-Verkehr – Warten auf Peak-Oil

Der Kfz-Verkehr in München hat trotz Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren nicht weiter zugenommen. Innerhalb des Mittleren Rings ging er im Mittel sogar um 10 % zurück. Unsere Politik der Förderung des Rad- und Öffentlichen Verkehrs und des flächendeckenden Parkraummanagements war also erfolgreich und die Stadt kann sich mit dem Verzicht auf Straßenbau viel Geld sparen. Am Luise-Kieselbach-Platz wird in den nächsten Jahren noch der mit knapper Mehrheit in einem Bürgerbegehren beschlossene Ringtunnel für rund 400 Mio. EUR gebaut. Große Sorgen machen uns die sicherheitstechnischen Nachrüstungen alter Tunnel und die Betriebskosten, die sich z.B. beim Petuertunnel auf eine Mio. EUR pro Jahr summieren. An der Landshuter Allee und in Giesing untersucht das Planungsreferat den Bau zweier weiterer Tunnel und im Vergleich dazu Lärmschutzmaßnahmen an der Oberfläche. Während bei früheren Ringtunneln die Leistungsfähigkeit für den Kfz-Verkehr das Hauptthema war, geht es bei diesen vorwiegend um den Schutz der Anwohner. Da der Autobahn-Südring – zum Glück – nicht kommen wird, ist es um so wichtiger, im Südabschnitt ein

besonderes Augenmerk auf die Anwohner zu haben. Beim Englischen Garten konnten wir bisher einen größeren Eingriff an der Einmündung der Ifflandstraße in den Mittleren Ring verhindern. Große Sympathie haben wir dafür, den Englischen Garten mit einem kurzen und zumindest zum Teil von Sponsoren finanzierten Tunnel wieder zusammenzuführen. Hier wird eine privat finanzierte Machbarkeitsstudie erstellt. Möglicherweise ist hier aber eine Landschaftsbrücke über den Mittleren Ring eher mach- und finanzierbar.

Weitere große Straßenbauprojekte sind derzeit kaum zu befürchten. Die Nordost-Tangente scheint vom Tisch zu sein. Bei der Neuperlacher Südanbindung zeichnet sich die von uns und vor Ort akzeptierte Stummellösung ab, bei der es sich im wesentlichen um eine zusätzliche Autobahnauffahrt handelt. Im Münchner Norden wird wegen des dort konzentrierten Siedlungs- und Gewerbewachstums die Machbarkeit ei-

ner Verlängerung der Schleißheimer Straße in einem Tunnel durch das FFH-Gebiet untersucht. Uns kommt es hier sehr darauf an, wie hochwertig das FFH-Gebiet ist und in welcher Weise es durch den Bau beeinträchtigt wird.

Ein Dauerbrenner ist der von uns schon immer abgelehnte Bau der Stäblistraße, die hoffentlich auf juristischem Wege zu Fall gebracht wird. Am ehesten könnte der Ausbau des Föhringer Rings drohen. Wenn dieser trotz unserer Ablehnung nicht zu verhindern ist, werden wir auf eine möglichst kleine Lösung drängen.

In wenigen Monaten wird es eine neue Vorlage zur Stellplatzsatzung geben. Damit wird es – eine lange Zeit von uns vorgetragene Forderung – erleichtert, bei Wohnen ohne Auto, bei Genossenschaften und im sozialen Wohnungsbau weniger Stellplätze zu errichten, als gesetzlich vorgeschrieben. Bei der nächsten Novellierung der Stellplatzsatzung müssten dann die Erfordernis-

se der Nachverdichtung eingearbeitet werden.

Last not least: die City Maut. Hier dürfte bald die Technik für eine kilometerabhängige Straßenbenutzungsgebühr einsatzreif sein, die wesentlich sinnvoller ist als eine Kordonmaut wie in London. Nachdem sich die Experten weitgehend einig sind, dass der Peak Oil gerade stattfindet oder das Fördermaximum bereits überschritten ist, dürften die Ölpreise bald kräftig steigen. Dann lösen sich viele Probleme von alleine und Grüne Verkehrspolitik wird als einzige Alternative übrigbleiben. Die Ölpreise können auch nicht von Elektroautos aufgefangen werden, die wegen der teuren Speichertechnik für viele zunächst unerschwinglich bleiben werden.

Paul Bickelbacher

Sabine Nallinger

MÜNCHENS POLITIK GEGEN NAZIS

Es war und ist den Grünen im Rathaus schon seit Jahren ein Anliegen, rechtsextreme Aktivitäten in München zu bekämpfen. Egal ob Neonazis in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ marschieren wollen, um sich selbst in die Tradition der NSDAP zu stellen, ob sie Schulhof-CDs der NPD verteilen, ob sie Veranstaltungen in Gast-

stätten durchführen wollen, ob der rechtsextreme Außenposten im Rathaus der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ aktiv ist oder Konzerte mit Hassmusik stattfinden - die Grüne Fraktion ist in allen diesen Bereichen präsent und aktiv.

Durch die Bündnisvereinbarung 2008 konnte der Kampf gegen den Rechts-

extremismus in München in zweifacher Hinsicht verstärkt werden. Beim Oberbürgermeister wurde eine Koordinierungsstelle gegen Rechts ins Leben gerufen, die seit gut einem halben Jahr mit Dr. Miriam Heigl besetzt ist. Darüber hinaus wurde beim Feierwerk eine Fachstelle gegen Rechts eingerichtet. Dort leistet Marcus Buschmüller, bekannt von seiner Tätigkeit für das antifaschistische Archiv A.I.D.A., Hilfestellung für alle in der Jugend-, Sozial- und Schularbeit Tätigen, wenn Fragen zu rechtsextremen Tendenzen auftauchen. Durch diese beiden Stellen hat München deutlich gemacht, dass die Stadt den Kampf gegen den organisierten Rechtsextremismus koordiniert und vernetzt mit der Zivilgesellschaft führen möchte. Das ist bundesweit einmalig und findet schon jetzt große Beachtung. Schon bis jetzt gelang es durch gezielte Zusammenarbeit dieser Stellen mit allen anderen AktivistInnen in diesem Bereich rechtsextreme Aktivitäten stark zurückzudrängen und zu behindern. So konnte bisher auch verhindert werden, dass Rechtsextremisten einen Treffpunkt in München etablieren konnten.

Siegfried Benker



Rechtsanwältin Angelik Lex, Florian Vogel, Martin Löwenberg, Siegfried Benker und viele andere bei der Blockade der Nazi-Demo am 8. Mai 2010 in Fürstenried.

ATOMKRAFT OHNE ENDE

Wie weiter mit der Beteiligung am AKW Isar II?

Die außer Kontrolle geratenen Atomreaktoren im japanischen Fukushima sind ein weiterer tragischer Beweis für die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie - ein Beweis, den nicht einmal die schwarz-gelbe Bundesregierung ignorieren kann. Doch auch die Stadt München steht vor Herausforderungen. Schließlich ist sie Miteigentümerin des Atomkraftwerks Isar II bei Landshut.

Nach dem Ausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung von 2002 sollte das Atomkraftwerk Isar II, das bekanntlich zu 25 % der Stadtwerke München GmbH (SWM) gehört, etwa 2020 abgeschaltet werden. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung schuf im Herbst 2010 mit der Laufzeitverlängerung eine neue Situation.

Im Durchschnitt 12 Jahre sollten die Atomkraftwerke länger laufen, die neueren sogar 14 Jahre. Das hätte für OHU II eine Laufzeitverlängerung bis 2034 bedeutet! Daher - und nach der Katastrophe in Japan um so dringender - stellt sich natürlich für die Stadt und die Münchner Grünen wieder die Frage: Wie weiter mit der Beteiligung an OHU II?

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Geschichte der Beteiligung der Stadt München am AKW Isar II und die Rolle der Grünen dabei. Ich war damals noch nicht Stadträtin, doch aus den zwei Ordern, die zu diesem Thema in der Fraktion stehen, geht sehr deutlich hervor, dass die Fraktion sich von Beginn an immer energisch und beharrlich gegen den Bau des AKW, die Beteiligung der Stadt München und später für den Verkauf eingesetzt hat. Die Widerstände und Verzögerungstaktiken bei den Stadtwerken waren außerordentlich hart und einfallreich.

1977 beschloss der Münchner Stadtrat mit den Stimmen einer absoluten SPD-Mehrheit die 25 %ige Beteiligung am 2. Block des AKW Isar in der Nähe von Landshut. 1982 wurde der Beteiligungsvertrag - jetzt unter einer absoluten CSU-Mehrheit - vom damaligen OB Erich Kiesl unterschrieben. Als die Grü-

nen 1984 in den Stadtrat einzogen, war auch die SPD noch voll auf Atomkurs. Erst nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 begann ein Umdenken. Ein Gutachten wurde in Auftrag gegeben, doch das Ergebnis ergab „keine eindeutigen Handlungszwänge hinsichtlich einer Aufgabe oder eines Beibehaltens der Beteiligung“. Als das Kernkraftwerk 1987 eingeweiht wurde, war die Grüne Fraktion vor Ort und demonstrierte.

1990 wurde der Ausstieg aus Isar II im ersten Koalitionsvertrag mit der SPD festgeschrieben. Dort heißt es: „Die Veräußerung des städtischen Anteils am Atomkraftwerk Isar II ist jedenfalls noch in dieser Amtsperiode zum ökonomisch günstigsten Zeitpunkt vorzunehmen.“ Dabei sei es aber zu vermeiden, dass die Stadt als Folge des Verkaufs Atomstrom beziehen und dafür einen höheren Preis zahlen müsse. Schon am 2. Mai, mit Beginn der neuen Legislaturperiode, stellten die Grünen den Antrag, nach Inbetriebnahme des Blocks 2 im Heizkraftwerk München Nord aus dem AKW Isar II auszusteigen. Ein klarer Beschluss, dem die Stadtwerke allerdings massiven Widerstand entgegensetzten.

Die Jahre bis 1992 waren geprägt vom ständigen Drängen der Grünen auf den Ausstieg und einer ebenso hartnäckigen Verzögerungstaktik der Stadtwerke. Im Oktober 1992 beantragten die Grünen einen Ausstiegsfahrplan zu er-

arbeiten. Am 12.10.1993 dann endlich der Ausstiegsbeschluss - allerdings mit Auflagen: Verkauf nur unter wirtschaftlich günstigen Bedingungen (die Bayerische Gemeindeordnung, erlaubt keine Veräußerung von Vermögenswerten unter ihrem vollen Wert) und der Vorlage von Alternativen zum Atomstrombezug. Das Öko-Institut sollte den Ausstiegsfahrplan begleiten.

Grüne drängen - SWM verzögern

Die Erarbeitung des Ausstiegsfahrplans zog sich über Jahre hin, ständig begleitet von kritischen Anfragen, Pressekonferenzen und Aktionen der Grünen. Nach einigen Zwischenberichten kam 1997 dann endlich der Beschluss, die AKW-Anteile international anzubieten. Wieder zögerten die Stadtwerke die Ausschreibung hinaus. Um die Vorgabe des wirtschaftlichen Verkaufs sicherzustellen, ermittelten die Stadtwerke auf der Basis verschiedener Ausstiegsvarianten einen zu erzielenden Verkaufspreis zuzüglich der damaligen Rückstellungen. Als 1999 dann endlich eine Verkaufsanzeige veröffentlicht wurde, meldeten sich nur zwei unseriöse Finanzinvestoren, die kein ernsthaftes Interesse nachweisen konnten. Inzwischen hatte sich die Situation durch die Bildung einer rot-grünen



Die Grüne Fraktion bei der Menschenkette gegen Atomkraft am 9. 10. 2010



Stadtrat Gerd Wolter, vertrieben von der Einweihungsfeier des Atommeilers Ohu II.

Zeitungsbild aus dem Jahr 1987

Bundesregierung 1998 grundlegend geändert. Ab dem Jahr 2000 begann sich der Atomausstieg in Deutschland zu konkretisieren – mit entsprechenden Konsequenzen für die Verkaufschancen von AKW-Anteilen. Trotzdem drängten die Stadtrats-Grünen noch einmal auf den Verkauf – doch nun waren die Aussichten, das Kraftwerk ohne Vermögensverlust zu verkaufen, noch geringer als zuvor.

In Anbetracht der nunmehr gesetzlich fixierten Stilllegung aller deutschen AKW in einer absehbaren Zukunft und der drastisch gesunkenen Erfolgsaussichten eines Verkaufs verschwand das Thema langsam von der Agenda der kommunalen Energiepolitik der Münchner Grünen. Der Schwerpunkt verschob sich zum Klimaschutz und zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohnehin ja eine Voraussetzung für den Atomausstieg. Das Grüne Kommunalwahlprogramm 2002 enthielt nicht mehr explizit die Forderung nach Veräußerung der Isar II-Anteile, sondern sprach davon, die „Atomstromkapazitäten durch eigene umweltfreundliche Energieerzeugung und -effizienz zu ersetzen.“ Jedoch kündigte das Programm an, alle Instrumente zu nutzen, um den „höchstmöglichen Sicherheitsstandard in Ohu durchzusetzen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Stilllegung herbeizuführen.“

Sechs Jahre später erschien die Aussicht, ein der baldigen Stilllegung entgegensehendes AKW zu verkaufen so gering, dass die städtische Beteiligung an Isar II im Kommunalwahlprogramm

gegen Wasserkraftwerke. Bedauerlicherweise kam das Geschäft nicht zustande. Doch setzten wir 2007 endlich die von uns so lange vergeblich betriebene ökologische Ausrichtung der SWM durch. Mit dem Beschluss zum Verzicht auf weitere Kohlekraftwerke und dem Ausbau der regenerativen Energien entwickelten sich die SWM zu einem zukunftsorientierten Unternehmen. Ziel der SWM ist es bekanntlich, alle Münchner Haushalte bis 2015 mit regenerativem Strom zu versorgen, alle anderen Münchner Kunden bis 2025 – ein ehrgeiziges Ziel.

Grundsätzlich läuft die Laufzeitverlängerung der Ausrichtung der SWM auf die Erneuerbaren Energien diametral entgegen. Denn Atomkraftwerke sind sehr unflexibel. Sie können nicht einfach heruntergefahren werden, wenn zuviel Wind weht. Steigt der Anteil der Erneuerbaren Energien weiter, wie ja auch von der Bundesregierung angeblich gewünscht, wird es deutlich mehr Überkapazitäten geben. Der Druck, den Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der Einspeisung abzuschaffen, wird steigen, je mehr Überkapazitäten durch die längerer Laufzeiten entstehen. Die großen Stromkonzerne haben schon reagiert und ihr Engagement bei den Erneuerbaren deutlich heruntergefahren. Eine fatale Entwicklung!

Formell ist der Stadtratsbeschluss zum Verkauf der Anteile noch immer gültig. Daran konnte die Grüne Stadtratsfraktion anknüpfen, als im vergangenen Jahr die Aufkündigung des Atomkoncessens spruchreif wurde.

2008 gar kein Thema mehr war. Der aktuelle rot-grüne Kooperationsvertrag verbucht noch den Ausstieg aus der Atomenergie als „Schwerpunkt der Münchner Energiepolitik“ – ohne konkretere Aussagen zur Beteiligung an Isar II.

Vor gut einem Jahr zeigte E.ON noch einmal Interesse an den Münchner Anteilen – im Tausch

Nach Bekanntwerden des Energiekonzeptes der schwarz-gelben Bundesregierung beantragten wir sofort, am Ausstiegsbeschluss festzuhalten und die Bemühungen zum Verkauf der Anteile wieder zu verstärken. Der Ausstiegsbeschluss wurde am 6.10.2010 in der Vollversammlung erneut bestätigt. Allerdings skizzierte ein weiterer Bericht der SWM die geringen Erfolgsaussichten für einen Verkauf.

So wäre eigentlich zu vermuten gewesen, dass die SWM durch die Laufzeitverlängerung einen großen Gewinn erzielen können. Aber die Parameter sind anders: Die großen Gewinne wird es vor allem für die alten AKW geben, die eigentlich demnächst abgeschaltet werden sollten und jetzt acht Jahre weiterlaufen können. Für AKW wie Isar II, eines der jüngsten Kernkraftwerke in Deutschland, stellt sich die wirtschaftliche Situation ganz anders da. Im Energiekonzept wird eine Brennelementesteuer für die Laufzeit der AKW fällig, die die SWM mit 45 Mio. Euro pro Jahr veranschlagen. Außerdem ist aus Sicherheitsgründen mit Kraftwerksnachrüstungen im dreistelligen Millionenbereich zu rechnen. Inwieweit die SWM irgendwann vom Klimaschutzfonds des Energiekonzeptes profitieren können, ist derzeit nicht absehbar.

„...eine Taube auf dem Dach im dichten Nebel...“

Die Verfassungsklage mehrerer Bundesländer gegen die Laufzeitverlängerung ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Eine Verlängerung der Atomstromerzeugung über 2022 hinaus „ist eine Taube auf dem Dach im dichten Nebel“, so SWM-Chef Kurt Mühlhäuser Ende Januar auf einer Fraktionssitzung der Grünen.

All diese Unwägbarkeiten potenzieren sich nun durch den GAU in Fukushima und das dreimonatige Moratorium für die Laufzeitverlängerung. Es ist gegenwärtig unmöglich vorherzusagen, welche Konzessionen die Regierung Merkel dem wachsenden Misstrauen gegen die Atomkraft machen wird oder welche Folgen eine neue Bundesregierung mit grüner Beteiligung für die Laufzeiten der Reaktoren hätte. Unter diesen Umständen ist der Verkauf der Anteile ein sehr schwieriges Geschäft.

Unabhängig von Verkaufsstrategien muss der GAU von Fukushima natür

lich auch sicherheitstechnische Konsequenzen haben. Gerade zwei Wochen vor der Katastrophe in Japan hat der Stadtrat auf Initiative der Grünen beschlossen, die Forderung nach der sofortigen Stilllegung des alten und anfälligen AKW Isar I zu erneuern. Vor dem traurigen Hintergrund japanischer Trümmerlandschaften könnte diese Forderung nun Wirklichkeit werden. Aufgrund der aktuellen Ereignisse haben die Grünen außerdem beantragt, die Sicherheit auch des AKW Isar II auf den Prüfstand zu stellen. Die Sicherheitsauflagen für das AKW Isar II sind so zu verschärfen, dass auch höchste

Sicherheitsrisiken wie z.B. ein Flugzeugabsturz oder der Zusammenbruch der Stromzufuhr beherrschbar bleiben und nicht zu einem massiven Austritt von radioaktivem Material aus dem Reaktor führen können. Sollte sich herausstellen, dass diese Risiken durch eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen nicht zu beherrschen sind, ist ein weiterer Betrieb des AKW Isar II nicht mehr zu verantworten.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und kommunalrechtlicher Vorgaben kann München den Anteil am AKW Isar II nur unter bestimmten Vorgaben loswerden. Mit einem Anteil, der noch

nicht einmal eine Sperrminorität darstellt, kann die Stadt allein keinen Stilllegungsbeschluss herbeiführen. Deshalb ist der Weg, den die Grünen eingeschlagen haben, der einzig gangbare, um auch Isar II so rasch wie möglich stillzulegen. Wenn uns in der kommunalen Verantwortung auch einige Handlungsmöglichkeiten genommen sind - unser Ziel ist klar und eindeutig: Abschalten - und zwar alle Atomanlagen, auch das AKW Isar II.

Sabine Krieger

MÜNCHEN - EINWANDERUNGSTADT

Integrationspolitik hat einen neuen Stellenwert

Für das Feld von Migration und Integration können wir Grüne in besonderem Maß reklamieren, über Jahre eine beständige und nachhaltig erfolgreiche Politik betrieben zu haben. Das beginnt schon auf Bundesebene, wo in Zeiten der rot-grünen Koalition mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht und dem modifizierten Zuwanderungsrecht ein Paradigmenwechsel eingeleitet wurde: Weg von der Lebenslüge der Leugnung, hin zur Einsicht: wir sind ein Einwanderungsland! Das hat sich auch auf die Kommunen ausgewirkt, wo Integrationspolitik einen neuen Stellenwert bekommen hat.

So auch in München. Mit der Stelle für interkulturelle Arbeit haben wir Grüne schon früh eine Struktur geschaffen, die eine bundesweit anerkannte Integrationspolitik und eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung für alle Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht hat. Das „Interkulturelle Integrationskonzept“ ist seit 2008 programmatische Grundlage dieser Politik. Den guten Stand der Entwicklung belegt der vor kurzem erschienene erste „Interkulturelle Integrationsbericht“, der auf der Stadtversammlung im März der Partei vorgestellt werden wird.

Im Vordergrund unserer Integrationspolitik stand der Bereich „Bildung und Ausbildung“, flankiert von weiteren

grundsätzlichen oder aktuellen Fragestellungen. Wir haben etwa 40 Anträge und Anfragen zum Thema formuliert und einige Diskussionen angeregt.

Bildung ist der Schlüssel

Es besteht bundesweit Einigkeit: Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Teilhabe an den Chancen unserer Gesellschaft. Sprache ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. PISA und alle einschlägigen Studien bestätigen die strukturelle Diskriminierung unseres Bildungssystems. Sie belegen in jüngster Zeit aber auch erste Erfolge unserer Anstrengungen. Für München haben wir in mehreren Initiativen weitere Anstrengungen gefordert, damit mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten und Migrantenkinder von der Kindertagesbetreuung profitieren können. Ein besonderes wichtiges Anliegen war die Verstärkung der Sprachförderung. So bieten heilpädagogische Kindertagesstätten in Zukunft auch Deutschfördermaßnahmen an. Ferner ging es uns um eine Veränderung von Rahmenbedingungen in der Ausbildung von Kinderpflegerinnen. Erreicht wurde eine Satzungsänderung, wonach Bewerberinnen mit Migrationshintergrund nicht mehr eine diskriminierende Deutschprüfung ablegen müssen. Die Stadt als bedeutende Arbeitgeberin hat eine besondere Verantwortung,

bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund beispielhaft voranzugehen. Das interkulturelle Personalmanagement Münchens ist mehrfach ausgezeichnet worden. Gleichwohl war es uns ein Anliegen, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten noch besser zu nutzen, Hochqualifizierte angemessen zu beschäftigen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu erleichtern sowie Diskriminierungen auf Grund fremder Namen bei Bewerbungen zu verhindern. Das Personal- und Organisationsreferat hat mit der Stelle für interkulturelle Arbeit eine Ausschreibung veranlasst, erstmals eine praktikable Definition von interkultureller Kompetenz für das Einstellungsverfahren und für Beurteilungen zu erarbeiten. Im Referat für Arbeit und Wirtschaft wird mit der Handwerkskammer ein Konzept für die modellhafte Erprobung anonymisierter Bewerbungen vorbereitet.

Im breiten Feld der Sozialen Arbeit war ein Schwerpunkt der bedarfsgerechte Ausbau der Altenhilfe im Blick auf die älter werdenden Migrantinnen und Migranten. Dafür ist eine neue Stelle im Sozialreferat mit dem Auftrag eingerichtet worden, ein Konzept zur interkulturellen Öffnung der Alten- und Behindertenhilfe bis Ende 2011 vorzulegen. Parallel ist das Referat für Umwelt und Gesundheit beauftragt, Planungen für die gesundheitliche Versorgung älter Migrantinnen und Migranten vorzulegen.

Das Thema Gewalt war Gegenstand von Anträgen, etwa in Fällen häuslicher Gewalt aber auch unter dem Aspekt der Prävention. Hier wird in Zukunft im Rahmen der vielfältigen Ansätze stärker mit Migrant*innenorganisationen zusammen gearbeitet. Auch Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsheiraten stehen auf dem Grünen Forderungskatalog. Dafür ist bei IMMA (Initiative für Münchner Mädchen) eine Stelle eingerichtet worden, die in Kooperation mit Jugendamt und Schulen ein Konzept zur Prävention erarbeiten soll. Ziel ist es, eine Fachstelle auf Dauer einzurichten. Im Gesundheitsbereich ging es uns um die interkulturelle Öffnung der sozialpsychiatrischen Krisendienste. Dafür liegt inzwischen ein Konzept vor, erste Fortbildungsmaßnahmen haben bereits stattgefunden. Darüber hinaus haben wir uns mit Fragen der Einbürgerung und mit der Wahl des Ausländerbeirates sowie dem kommunalen Wahlrecht beschäftigt. Die wiederholte Initiative für ein kommu-

nales Wahlrecht ist leider erneut am Bundesinnenminister gescheitert.

NeubürgerInnen willkommen

Als Willkommenssignal gegenüber neu eingebürgerten Menschen wird auf unsere Initiative hin zweimal im Jahr eine feierliche Veranstaltung durchgeführt, die von den Betroffenen als Zeichen der Anerkennung gewertet wird.

Ein ganz besonders wichtiges Thema waren uns Rechtsextremismus und Rassismus. Hier war es ein großer Erfolg, einen Forschungsauftrag zu veranlassen, der erstmals Rassismus unter Migrant*innen und Migranten untersucht hat. Auf der Basis der Ergebnisse wurde ein Fachtag durchgeführt, auf dem Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit und von Migranten-Selbsthilfeorganisationen für dieses bisher tabuisierte Thema sensibilisiert werden konnten. Die Ergebnisse werden doku-

mentiert.

Das Stadtarchiv ist aufgefordert worden, die Geschichte der Migration in München als Teil der Stadtgeschichte zu verstehen und entsprechen zu dokumentieren. Aus den Ergebnissen eines hierzu veranstalteten Fachtags soll mit dem Stadtmuseum und den Betroffenen eine Ausstellung konzipiert werden. Ziel ist es, das Thema als Querschnittsaufgabe auf Dauer in den beiden städtischen Institutionen zu verankern.

„Vielfalt gestalten“ bleibt auf lange Zeit eine der großen Herausforderungen der Politik. Integration und interkulturelle Öffnung sind deshalb besondere Aufgaben kommunaler Politik, um den sozialen Frieden in der Stadt zu gewährleisten. Hier haben wir Grüne eine besondere Kompetenz und eine entsprechende Glaubwürdigkeit.

Gülseren Demirel

FAIR TRADE

Als eine der finanzkräftigsten Kommunen Deutschlands hat München ein starkes Gewicht bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Die Stadt muss diese wichtige Marktstellung und ihre Vorbildfunktion dazu nutzen, um nachhaltige und faire Produktion zu unterstützen und eine Veränderung von Konsummustern anzukurbeln.

Eine verantwortungsbewusste Beschaffung berücksichtigt bei der Auftragsvergabe die gesamten Lebenszykluskosten eines Produkts:

Bereits im Jahr 2002 hat München auf einen Antrag der Grünen hin beschlossen, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beziehen. Mit einer Antragsreihe im Sommer 2009 forderten wir zunächst eine Weiterentwicklung der sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung von Produkten. Gerade Computer, Textilien, Spielzeug und kleine Andenken wie Anstecker oder Kugelschreiber werden oftmals unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und mit erheblichen Umweltschäden produziert. Die Stadt München muss daher alle Möglichkeiten nutzen, v.a. beim Einkauf von IT-Geräten, Textilien, Spielzeug, Andenken und Tombolagewinnen auf sozialen und ökologischen Kriterien bzw. Standards zu bestehen.

Außerdem haben wir angeregt, bezuschusste Projekte dazu zu verpflichten, ebenfalls keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beziehen. Dabei geht es um Sportartikel, Teppiche und Kleidungstextilien, Lederpro-

dukte, Agrarprodukte wie Orangensaft, Kaffee und Schokolade, Natur-

und Pflastersteine. Für etliche Produkte gibt es anerkannte Siegel wie etwa das TransFair- (Orangensaft, Tee, Kaffee, Schokolade, Bälle) oder das Rugmark-Siegel (Teppiche). Bei Produkten ohne entsprechendes Siegel müssen die Firmen einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel

oder eine entsprechende Selbstverpflichtung vorlegen. Die Beschlüsse zu diesen Anträgen dürften in den nächsten Monaten im Stadtrat diskutiert und beschlossen werden. Einen ersten Erfolg hatten wir schon: für den Umbau des Harras werden nur Steine verwendet, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden - bundesweit ein Novum!

Lena Schmid Noerr



EUROPASTADT MÜNCHEN

Europastadt München - so lautet der Abschnitt im Koalitionsvertrag, den wir Grünen nach schwierigen Verhandlungen durchsetzen konnten. Um die Europapolitik in München besser aufzustellen, war die Schaffung einer eigenen Abteilung Europapolitik im Referat für Arbeit und Wirtschaft für uns unumgänglich.

Richtlinien, Verordnungen und Förderprogramme der EU üben einen immer größeren Einfluss auf die Kommunalpolitik aus. Aus der europäischen Förderlandschaft ergeben sich für die Stadt Chancen, in transnationaler oder innerstädtischen Zusammenarbeit innovative Projekte aufzulegen.

Die Erwähnung der kommunalen Selbstverwaltung im Lissabon-Vertrag verschaffte den Kommunen die Möglichkeit einer intensiveren Einflussnahme auf die europäische Politik. Darüber hinaus bietet die „Strategie 2020“ der EU-Kommission neue Chancen, da der Wachstumsbegriff nicht mehr ausschließlich ökonomisch interpretiert wird. Nachhaltiges Wachstum, hohe Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt sind seit Juni 2010 strategische

Ziele der EU. Davon kann München profitieren.

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Organisationseinheit für Europaangelegenheiten hat 2009 ihre Arbeit aufgenommen. 2010 beschloss der Stadtrat eine europapolitische Strategie für München, mit folgenden Schwerpunkten:

1. Einflussnahme auf die EU

Eine konkrete und ernsthafte Einflussnahme gelingt durch die Präsenz vor Ort und die Mitwirkung in den europäischen Gremien. Kontakte zu Europaabgeordneten und den kommunalen Interessensvertretungen sind ein Instrument um die städtischen Interessen einzubringen. Zwei wichtige Netzwerke sind der RGRE und Eurocities. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Ziel ist es, frühzeitig die Interessen der Gebietskörperschaften in den europäischen Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Das kommunale Städtenetzwerk Eurocities, in dem zahlreiche europäische Großstädte vertreten sind, dient der

Vernetzung, dem fachlichen Austausch sowie der Interessensvertretung gegenüber der EU Kommission. Eurocities hat großen Einfluss auf der europäischen Ebene.

Die Zusammenarbeit mit dem Freistaat ist von großer Bedeutung, da dieser als Sachverwalter der kommunalen Interessen agiert. Förderprogramme laufen über die Ministerien des Freistaates, durch die ständige Vertretung in Brüssel hat der Freistaat frühzeitigen Zugang zu wichtigen Dokumenten.

2. Mitarbeit in Gremien und Städtenetzwerken

Ein wichtiger Baustein der Strategie ist die aktive Präsenz von Stadtratsmitgliedern in den Netzwerken. Ich vertrete die grüne Fraktion sowohl in der städtischen Europakommission als auch im RGRE und bei Eurocities.

3. Europäische Konsultationsverfahren

Die europäischen Anhörungsverfahren, sog. Konsultationen werden von den europäischen Organen zur Gestaltung ihrer Politik und im Rahmen der Rechtsetzungsprozesse eingesetzt. Über Stellungnahmen kann die Stadt ihre Interessen und ihren Einfluss direkt einbringen und bspw. best practice Modelle sichtbar und bekannt machen.

4. Konzept der Makroregionen

Das relativ neue Konzept der Makroregionen soll Instrumente und Politikansätze sektorenübergreifend bündeln. Sowohl der ländliche Raum als auch die Metropolen sollen profitieren. Dieses Konzept wird auch in die Förderprogramme einfließen. Für München ist die Mitarbeit in der Makroregion Donauraum von Bedeutung. Ziel ist es, die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Donauraumes zu schaffen. Gerade im Hinblick auf die Beitrittsstaaten in dieser Region könnte München im Bereich Klimawandel und Energie eine unterstützende Rolle spielen.

Darüber hinaus sind mit der Alpenraum-Strategie INTERREG (Förderprojekte von Regionen und Städten im Alpenraum zu bspw. nachhaltigem Tourismus) und der Europäischen Nach-

FRAKTIONSSITZUNG IM TIERPARK HELLABRUNN



Die grün-rosa Fraktion tagt regelmäßig auswärts, um sich vor Ort über städtische Einrichtungen zu informieren. Der neue Tierparkdirektor Dr. Andreas Knieriem geht mit viel Elan an seine Aufgabe und steckt voller neuer Ideen. Zunächst muss allerdings das denkmalgeschützte Elefantenhaus saniert werden - Kosten ca. 10 Millionen Euro.

barschaftspolitik weitere Vernetzungen geschaffen.

5. EU-Projektarbeit

Ziel ist es städtische Projekte über EU Fördermittel aufzulegen. Diese Projekte können referatsübergreifend sein, im Verbund mit anderen Kommunen oder auch transnational bearbeitet werden. Durch den hohen Verwaltungsaufwand sehen sich kleinere Organisationen oder auch die Referate nicht in der Lage EU Fördermittel zu akquirieren. Die Europaereinheit soll hier als Dienstleister unterstützen, informieren und verwal-

ten. So finanziert die Stadt zurzeit ein Projekt gemeinsam mit dem Europäischen Sozialfonds: Power-M. Dieses Projekt ist darauf angelegt, Frauen nach einer längeren Berufspause wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Mit einem individuell angepassten Profiling werden die Kompetenzen und Zielrichtungen der einzelnen Frauen herausgearbeitet und Schulungen wie bspw. Computer- und Bewerbungstraining durchgeführt.

Ein weiteres Projekt ist „Guide“, dass Existenzgründungen von Frauen initiiert, fördert und begleitet. Dieses Pro-

jekt war 4 Jahre lang im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative Equal gefördert und wurde dann wegen seines großen Erfolges von der Stadt in die städtische Förderung übernommen.

Insgesamt kann mit der europapolitischen Strategie die Verankerung Münchens in Europa maßgeblich verbessert werden. Ein wichtiger Schritt, ein grüner Erfolg.

Lydia Dietrich

Grüne Energiepolitik konkret

START DER SOLARINITIATIVE MÜNCHEN

Das größte Photovoltaik (PV)-Projekt einer deutschen Großstadt gewinnt an Fahrt. Ziel ist es, den Anteil an lokal erzeugtem PV-Strom signifikant (Faktor 15) zu steigern. Dazu wurde auf Initiative der Grünen die Solarinitiative München (SIM) GmbH von Stadt, Stadtwerken und namhaften Münchner Unternehmen ins Leben gerufen – weitere Partner werden die Gesellschafterstruktur in den kommenden Monaten vervollständigen. Der Stadtrat hat im Sommer mit großer Mehrheit den Startschuss dazu gegeben.

Die vorausgegangene Machbarkeitsstudie hat eindeutig belegt, dass das ursprünglich geplante Ausbauziel von 300 MWp realistisch ist, trotz der zahlreichen Hemmnisse die gerade in Städten bestehen, wie Stadtgestaltung, komplexe Eigentümerstruktur, kleinteilige Dachstrukturen oder Konflikte mit der Nutzung von Gewer-

begebäuden. Die SIM GmbH hat die Aufgabe, gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren Lösungen für diese Hemmnisse zu suchen. Dazu zählen PV-Modulhersteller, Wohnungsbaugesellschaften, Eigentümer von Gewerbeimmobilien, Architektenkammer und Denkmalpfleger.

Der Start der jungen Gesellschaft lief bislang äußerst erfolgreich. Im Dezember hat sie unter der Leitung von Dr. Harald Will den Betrieb aufgenommen. Seitdem laufen zahlreiche Anfragen ein. Hauptidee ist es, die gesamte Stadtgesellschaft einzubeziehen: Unternehmen wie Bürgerinnen und Bürger sowie Ver-

eine und Initiativen, welche dann als Dachflächenbesitzer oder als Investoren ihren aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Ein großes Klimaschutzprojekt, welches auf bürgerschaftlichem Engagement beruht, ist gestartet. Zwei erste große Projekte sind bereits



Damit der Ausbau sinnvoll und stadtverträglich abläuft und hohen ökologischen und stadtgestalterischen Anforderungen entspricht, wird ein Masterplan PV für München angestrebt. PV soll selbstbewusst und sichtbar in architektonisch anspruchsvolle Konzepte integriert werden.

in fortgeschrittenem Planungsstadium. Sobald die endgültige Gesellschafterstruktur steht, wird die SIM in der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Sabine Nallinger

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK - EINE DAUERAUFGABE

Viele Frauenthemen sind Querschnittsthemen, die sich durch alle gesellschaftlichen Lebenslagen hindurchziehen und auf allen Ebenen der politischen Arbeit immer wieder eingebracht werden müssen. In diesem Zusammenhang haben wir im Sommer 2010 den Antrag gestellt, geschlechtergerechte Pädagogik in den Arbeitsbereichen Kinderbetreuung und Jugendhilfe umzusetzen, zu unterstützen und zu fördern.

Geschlechtergerechte Pädagogik, also die Sicht auf beide Geschlechter, ihre spezifischen Lebenslagen, Bedürfnisse und ihre gesellschaftliche Teilhabe, gehört zu den Standardaufgaben in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe. Ein zentrales Anliegen der geschlechtergerechten Pädagogik ist es, die Zwänge und Chancen aufzugreifen, die mit der gesellschaftlichen Anforderung, ein Mann oder eine Frau zu sein

Förderung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen

Trotz des starken Konsolidierungsdruckes konnten wir sowohl die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen personell und in den Sachmitteln aufstocken als auch neue Räume für das SUB und LeTra finanzieren.

Darüber hinaus haben wir sichergestellt, dass die Eingetragenen Partnerschaften nun auch mit geschulten Standesbeamten im Standesamt vollzogen werden können.

bzw. zu werden, verbunden sind. Mädchen und Jungen müssen ihr Geschlecht in selbstbestimmter Weise leben und subjektiv entfalten können, ohne dabei durch Vorgaben, wie sie als Mädchen oder Junge zu sein haben, eingeschränkt zu werden. Beide Geschlechter stehen als eigenständige Personen mit ihren jeweiligen Eigenschaften und Fähigkeiten im Zentrum der pädagogischen Betrachtung und

werden gleichermaßen wertgeschätzt. Der Beschluss dazu müsste in den nächsten Wochen auf die Tagesordnung des Stadtrats kommen.

Lesbisches Leben in München ist auch in Zeiten der zunehmenden Liberalisierung für Lesben, Schwule und Transgender nach wie vor wenig sichtbar. Lesbische Frauen kommen mit ihrer eigenen Lebensidentität in der Stadtgesellschaft kaum vor und sind noch immer von starken Diskriminierungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen betroffen. Der Münchner Stadtrat hat daher 2009 auf unseren Antrag hin beschlossen, einen Arbeitsschwerpunkt auf das Thema „Lesbisches Leben in München“ zu legen. Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen hatte somit den Auftrag, in den folgenden Jahren die öffentliche Wahrnehmung von lesbischen Frauen zu verbessern, die Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten zu stärken und die Sichtbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe auszubauen. Die Auftaktveranstaltung im Rathaus unter dem Motto „Mitmischen! Lesbisches Leben in München – vielfältig – engagiert – sichtbar“ im Sommer 2010 war ein großer Erfolg. Des Weiteren wurde bereits das Thema Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften bei einer Veranstaltung beleuchtet, das Lesbenhandbuch wurde neu aufgelegt und ab Juli wird die Ausstellung „Lesbische Leben in München“ wahrscheinlich im Stadtmuseum zu sehen sein.

Die Grüne Stadtratsfraktion hat sich darüber hinaus massiv für die Weiterfinanzierung von einigen Mädchen- und Frauenspezifischen Initiativen eingesetzt, z.B. für alpha beta, das Kontakt-Netz für alleinerziehende Frauen mit einem behinderten Kind oder für die Aktion „Sichere Wies'n“. Leider kommt es beim Oktoberfest immer wieder zu gewalttätigen Angriffen und Übergriffen gegen Mädchen und Frauen bis hin zu Vergewaltigungen. Die Aktion „Sichere Wies'n“ arbeitet seit 8 Jahren mit großem Engagement daran, Mädchen und Frauen sowohl präventiv als auch nach Übergriffen zu unterstützen und zu begleiten. Dank unseres Einsatzes, allen voran dem von Lydia Dietrich, bleibt

die „Sichere Wies'n“ fester Bestandteil des Münchner Oktoberfests und erhielt 2010 für ihr Engagement den Anita Augspurg-Preis.

Der hartnäckigen Initiative von Lydia Dietrich ist es auch zu verdanken, dass es anlässlich des diesjährigen Jubiläums „100 Jahre Internationaler Frauentag“ ein Kunstwerk geben wird. Das Kunstwerk soll die Themen Gleichstellungspolitik in München, Erfolge, Defizite, Herausforderungen darstellen. Es soll nicht nur die Bedeutung des Internationalen Frauentags für die Stadt hervorheben und die erfolgreiche

Homophobie

In den vergangenen Jahren hat uns die zunehmende Homophobie intensiv beschäftigt. Angefangen von verstärkt auftretenden Übergriffen auf Lesben und Schwule im Glockenbachviertel bis hin zu homophoben Musikern. Die Auftritte von Musikern aus dem Bereich des Dancehall Reggae aus Jamaika in München waren Gegenstand eines Hearings mit dem Titel „Hassmusik.“ Die Dokumentation dieses Hearing ist bei der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen abzurufen: <http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/gleichgeschlechtl/37867/index.html>

Gleichstellungspolitik Münchens beinhalten, sondern auch an die Themen erinnern, die deutlich machen, dass die Gleichstellung von Frauen immer noch nicht realisiert ist: Lohnungleichheit, Umsetzung des Verfassungsauftrages aus dem GG, Frauen in Führungspositionen.

Außerdem haben wir viele frauen- und Mädchenspezifischen Projekte und Initiativen besucht und haben uns begeistert über deren engagierte Arbeit vor Ort informieren lassen. Und wir haben eine ganze Reihe Themen auf die Tagesordnung des Stadtrats gesetzt, z.B. die Problematik der Zwangsverheiratung und immer wieder das Thema Gewalt gegen Frauen.

Lena Schmid Noerr

$$F_e = k_{f_{bkb}} \times (1 + e_{allg} + e_{ausfall} + e_{standort} + e_{öff}) + k_{f_{u3}} + k_{f_{kont}} + m + i$$

Alles klar?

Schon immer hat München nicht nur den gesetzlichen Pflichtzuschuss geleistet, sondern darüber hinaus immer noch zusätzliche Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen gewährt. Und das nicht wenig: derzeit betragen unsere „freiwilligen“ Leistungen in diesem Bereich 100 Millionen Euro. Doch dieses Geld wurde sehr ungleich verteilt. Das haben wir nun geändert.

Um nicht zu große Härten zu erzeugen und den Eltern in allen Krippen eine einkommensbezogene Gebührenstaffelung zu ermöglichen, stellt der Stadtrat jetzt noch zusätzlich 50 Millionen zur Verfügung. Die Stadt zahlt also jedes Jahr 150 Millionen Euro mehr für die Kinderbetreuung als sie müsste, weil uns die Qualität unserer Einrichtungen das wert ist.

Der für uns wichtigste Faktor in der Formel ist der „estandort“, der das Gießkannenprinzip durch den gezielten zu fördern, sondern Gelder gezielt dort einzusetzen, wo wir den größten Bedarf sehen. Einrichtungen, in denen ein hoher Anteil an Kindern aus eher bildungsferneren Schichten betreut wird, erhalten zusätzliche Mittel, um z. B. mehr Sprachförderung anbieten zu können, oder sich Hilfe von anderen Professionen einzuholen. Das ist ein Meilenstein zu der von uns immer geforderten Steigerung in der Bildungsgerechtigkeit.

Wir freuen uns auch über das *i* in der Formel, denn das bedeutet „Innovation“ und hilft Einrichtungen, die neue Ideen in der Pädagogik entwickeln, diese auch zu verwirklichen - vorausgesetzt, sie lassen alle Kindertagesstätten an ihren Vorstellungen teilhaben.

Wir haben also mit der Münchner Förderformel etwas geschaffen, das soziale Ungerechtigkeiten mildert und innovative Gedanken fördert. Es wird zwar noch einige Zeit dauern, bis alle Kindertagesstätten in unserer Stadt nach diesen Kriterien finanziert werden, aber der erste Schritt ist getan. Wenn wir es nun noch schaffen, dass alle Eltern-Kind-Initiativen auch für die Zukunft gesichert sind und sich auch Neue gründen können, ohne von dem Verwaltungsaufwand ausgebremst zu werden, dann ist uns ein wirklich großer Wurf gelungen.

Jutta Koller

Und hier die Dechiffrierung:

fe : = Bezuschussung einer Kindertageseinrichtung (BY + LHM)

kfbkb : = kindbezogene Förderung nach BayKiBiG

eallg : = Wertansatz in Höhe von 0,05 (= 5 % der BayKiBiG – Förderung)

eausfall : = Wertansatz in Höhe von 0,10 (= 10 % der BayKiBiG – Förderung)

estandort : = Wertansatz in Höhe von 0,30 (= 30 % der BayKiBiG – Förderung)

eöff : = Wertansatz in Höhe von 0,0045 Prozent der BayKiBiG Förderung

= maximal für 15 zusätzliche Öffnungstage je ein 1/220 der BayKiBiG – Förderung analog der ab September 2010 gültigen BayKiBiG-Systematik.

kfu3 : = Weitergabe der Bundesmittel für unter 3-Jährige über die Förderformel an Träger, welche die Kriterien der Förderformel erfüllen.

kfkont : = Wertansatz 5.274,06 • 4

m : = Wertansatz Mietpauschale: maximal 500 Euro bei Ü3 Plätzen bzw. 1.000 bei U3 Plätzen pro Platz und Jahr (Pauschale nicht höher als die tatsächlich nachgewiesene Kaltmiete).

i : = Ansatz 10.000 Euro pro Jahr für drei Jahre für innovative Besonderheiten

VIEL KREATIVER ALS SEIN NAME...

...der Arbeitsausschuss kommunale Kinder- und Jugendhilfeplanung

Der Arbeitsausschuss (AA) berät den Kinder- und Jugendhilfeausschuss (KJHA) und bietet Zeit und Raum, sich verschiedensten Themen einmal ausführlicher zu widmen, als es in einem KJHA mit dichter Tagesordnung möglich ist. In den letzten Jahren tagte er aber nur noch sehr sporadisch und ohne großen Stellenwert. Dies wollten wir ändern und forderten deshalb nach der Wahl 2008, den AA aufzuwerten und auch die Belange des Schulreferats mehr einzubeziehen.

Dann passierte erst einmal über ein Jahr lang gar nichts, zumindest nicht im Arbeitsausschuss, sondern nur hinter den Kulissen. Wie viel Schulreferat muss im Titel erscheinen, wenn es mitarbeiten soll? Geht das nur unter gemeinsamer Federführung oder kann es

auch weiter in der Regie des Jugendamts laufen? Fragen, die uns sehr leidenschaftlich vorgelegt wurden. Auch der Name des AA wurde diskutiert (früher hieß er „nur“ AA kommunale Kinder- und Jugendplanung. Das Zwischenglied „-hilfe-“ wurde ganz bewusst weggelassen, um aufzuzeigen, dass es nicht um die klassische gesetzlich vorgegebene Jugendhilfe gehen soll, sondern um alle Belange, die Kinder und Jugendliche betreffen). Dieser nicht dem KJHG entsprechende Name wurde von der Rechtsabteilung des Schulreferats bemängelt.

Letztlich zogen wir unseren Antrag auf Beteiligung des Schulreferats zurück und konnten dann 2009 endlich mit der ersten Sitzung starten. Seitdem tagen wir viel öfter als geplant und länger,

denn der Diskussionsbedarf ist enorm. Im AA ist es möglich strittige Punkte wirklich ausführlich zu besprechen. Mir als Stadträtin hilft es sehr, die Feinheiten der verschiedenen Argumentationen zu erfahren, die in einer normalen Stadtratsitzung mit einer umfangreichen Tagesordnung untergehen. Die Mischung der verschiedenen Professionen, die am AA teilnehmen, garantiert immer für eine lebhaftige Runde. Und das Schulreferat – jetzt „Referat für Bildung und Sport“ ist immer voll dabei, bringt seine Themen ein und beteiligt sich intensiv an allen Prozessen, so wie wir uns das gewünscht hatten.

Ein Grüner Erfolg? 100% JA, ohne wenn und aber!!!

Jutta Koller

KINDERBETREUUNG AUS EINER HAND

Grüne Forderung im optimierten Regiebetrieb endlich umgesetzt

Seit Grüne im Münchner Rathaus vertreten sind, haben sie immer wieder die Forderung nach einer organisatorischen Zusammenlegung der Kindertagesbetreuung gestellt. Doch immer wieder scheiterten wir an wachsenden Bedenken von Teilen der Stadtverwaltung und vor allem der SPD, wobei das Sozialreferat immer auf unsere Seite stand.

Selbst als das neue Kinderbetreuungsgesetz in Bayern die starre Altersregelung zwischen Kinderkrippen und Kindergärten aufhob, fand sich keine Mehrheit für eine Zusammenlegung. Die verrücktesten Konstrukte wurden entwickelt, um die Aufteilung „unter drei Jahren im Sozialreferat“ und „über drei Jahren im Schulreferat“ beizubehalten: Für die Kooperationseinrichtungen (KOOPs), die ja gerade für die Erprobung der Altersmischung entwickelt wurden, wurde München in KOOPs rechts der Isar und KOOPs links der Isar geteilt, mit versetzten Dienst- und Fachaufsichten vom Schul- oder Sozialreferat, bis kein Mensch mehr wusste, wer wann wo welche Verantwortung und Entscheidungskompetenz hatte und das Ganze endlich dem Schulreferat zugeordnet wurde. Einrichtungen, in denen neben der üblichen Kinderbetreuung auch offene Angebote, Erziehungsberatung und Ähnliches eingerichtet wurden, um Familien gerade in schwierigeren Wohnvierteln mehr niederschwellige Unterstützung zu bekommen zu lassen, wurden in beiden Referaten neu entwickelt: im Schulreferat als „Early Excellence Center“, im Sozialreferat als KITS – Kindertageszentren. In beiden Referaten wurde viel Zeit, Energie und Gehirnschmalz eingesetzt, um das Bestmögliche zu gestalten, aber nicht miteinander, sondern parallel.

Das wurde selbst der SPD irgendwann zu viel, und so konnten wir im Koalitionsvertrag 2008 auch die „Schaffung einer Einheit für Kinderbetreuung zwischen 0 und 12 Jahren“ festschreiben. Zwar lehnte die SPD das von den Grünen favorisierte Modell „Eigenbetrieb“ strikt ab, stimmte aber zumindest einer Überprüfung der besten Rechtsform für

die neue Einheit zu.

Aber wir haben dennoch Grund zur Zufriedenheit: der letztlich entstandene optimierte Regiebetrieb, ist ein sehr guter Kompromiss. Der Betrieb kann einerseits selbstständiger arbeiten als eine Abteilung in einem Referat, aber der Stadtrat hat andererseits noch sehr viel Einfluss.

Schwieriger war die Entscheidung, in welchem Referat der optimierte Regiebetrieb angesiedelt werden sollte – Sozialreferat oder Schulreferat. Der im Kinder- und Jugendhilfe Gesetz klar formulierte Bildungs- und Betreuungsauftrag an die Jugendhilfe war für mich ganz klar Indiz dafür, dass das Jugendamt hier zuständig sein müsse. Leider sahen das zwei von drei befassten Rechtsabteilungen anders, und - zu meiner großen Überraschung - nicht nur die SPD, sondern auch die Mehrheit unserer Grünen Fraktion war dieser Ansicht. Ich kann und will hier nicht den endlosen Austausch von Argumenten wiederholen. Ich kann nur sagen, dass wir uns die Entscheidung nicht leicht gemacht haben und viele Fraktionssitzungen mit Diskussionen über die sinnvollste Anbindung verbracht haben.

Am Ende stand die Entscheidung: Optimierter Regiebetrieb angehängt am Schulreferat. Doch wer nun denkt, dass damit alles erledigt war, irrt gewaltig. Eigentlich ging die Diskussion mit dieser Entscheidung erst richtig los: Wie wird der Regiebetrieb aussehen? Wie viele Führungsebenen soll es geben? Welche Bereiche werden zusammengefasst, welche getrennt? Wie werden die Einrichtungen von Freien Trägern und/oder Wohlfahrtsverbände mit eingebunden? Wie kann das Angebot für Eltern transparenter gemacht werden? Und und und... Viele Arbeitsgruppen verbrachten viele Stunden damit, neue Ideen zu entwickeln, sie wieder zu verwerfen und neu zu kreieren.

Für die MitarbeiterInnen des Jugendamts war es gewiss nicht einfach zu akzeptieren, dass sie in Zukunft im Schulreferat angesiedelt sein würden. Die Angestellten des Schulreferats wiederum befürchteten, dass ihre gewohnten Arbeitsstrukturen durch die vielen Veränderungen auf der Strecke

bleiben würden, Die freien Träger hatten Angst um ihre Eigenständigkeit in der neuen Verwaltungsform und die Eltern- Kind- Initiativen waren unsicher, ob ihre doch sehr unterschiedlichen Formen im Schulreferat die nötige Beachtung und Unterstützung finden würden. All die verschiedenen Bedürfnisse und Bedarfe unter einen Hut zu bekommen, war eine schier unlösbare Aufgabe, für die der Verantwortliche aus dem Personalreferat sich den Respekt aller Beteiligten verdient hat, denn es scheint wirklich geglückt zu sein.

Natürlich gibt es noch die ein oder andere Schwachstelle, und ich gehe davon aus, dass auch in den nächsten Monaten immer wieder einzelne Schrauben nachjustiert werden müssen - aber das ist klar bei so einer großen Veränderung. Wir stehen am Anfang eines längeren Prozesses, bis das Ganze in das ruhigere Fahrwasser der Alltagsarbeit gerät.

Ein Erfolg für uns Grüne? Ich denke: Ja! Wenn auch einiges ganz anders ist, als wir es uns vorgestellt haben, so sind doch unterm Strich die Vorteile überwiegend. Wir werden in Zukunft ein einheitliches System haben, in dem pädagogische Entwicklungen von allen Akteuren gemeinsam vorangetrieben werden. Und für Eltern gibt es münchenerweit eine zentrale Stelle, an die sie sich mit ihren Fragen wenden können.



Jutta Koller.

KULTURPOLITIK: STÄRKUNG DER FREIEN SZENE

München ist eine Stadt der Künste: Die Kammerspiele erhielten 2009 den Kritikerpreis als deutschsprachiges „Theater des Jahres“, das Lenbachhaus wird saniert und mit einem Bau des renommierten Architekten Norman Foster erweitert (Wiedereröffnung 2012 geplant), das Kunstareal mit Lenbachhaus und Pinakotheken soll in Zusammenarbeit von Stadt und Freistaat als Ensemble hervorgehoben werden (dazu

gab es aufgrund eines grünen Antrags 2010 ein Hearing), der Star-Dirigent Lorin Maazel konnte als Nachfolger von Thielemann für die Münchner Philharmoniker gewonnen werden.

Aber Kunst in München findet nicht nur in diesen großen städtischen Institutionen statt. Bezahlbare Ateliers, Möglichkeiten für freie Theater-, Performance- und Tanzgruppen, verstörende Kunst im öffentlichen Raum – all

das gehört zu einer lebendigen Kulturszene, zur kulturellen Vielfalt der Stadt. Im Wahlprogramm forderten wir die Stärkung der freien Szene, die weitgehende Sicherung der Domagk-Ateliers, die Einrichtung eines Proben- und Theaterhauses für freie Theatergruppen, -projekte und -festivals (Performing Arts Center) sowie den Erhalt der freien Kunst im öffentlichen Raum.

In den Koalitionsverhandlungen konnten wir gut eine halbe Million Euro mehr für die freie Szene im Bereich von Theater, Tanz, Bildender Kunst und Musik durchsetzen. Die Domagk-Ateliers bestehen dank städtischer Unterstützung weiter fort. Performing Arts Center, Ateliers, Räume für Kreativwirtschaft sollen, laut Stadtratsbeschluss von Juli 2010, in einem neuen Kreativquartier (in der Jutier- und Tonnenhalle) an der Dachauer Straße Platz finden – wo sich mit Pathos Theater, der Halle Schwere Reiter und einem Atelierhaus schon Vorläufer eines solchen Kunstzentrums eingefunden haben.

Im öffentlichen Raum wurde Anfang dieses Jahres am Effnerplatz das spektakuläre Kunstwerk „Mae West“ aufgestellt, das die Grünen letzte Wahlperiode gegen die SPD durchsetzten. Und im Dezember 2009 wurde eine Neukonzeption für die Freie Kunst im öffentlichen Raum beschlossen, für die ein Etat von über 600.000 Euro im Jahr zur Verfügung steht, der besonders für temporäre, interdisziplinäre Projekte vergeben wird.

Der US-Ökonom Richard Florida hat die These aufgestellt, dass der zukünftige Erfolg von Großstädten davon abhängt, inwieweit sie Mitglieder der sog. kreativen Klasse anziehen und anbinden können; Technologie, Toleranz und Talent seien die Erfolgsfaktoren. In diesem Sinne wollen wir weiter daran arbeiten, dass München eine kreative und vielfältige Stadt bleibt.

Florian Roth

BAVARIA 2.0 - MAE WEST!



Mae West kam nicht zufällig auf den Effnerplatz. Der OB hatte seinen Bannstrahl schon früh auf Mae Wests Kurven geschleudert und sie regelrecht frauenfeindlich als Papierkorb oder völlig retro als Strickliesl denunziert. Wir wissen nicht, was der OB denkt, wenn er seinen Papierkorb betrachtet. Nach dem OB betrachteten jedenfalls auch alle SozialdemokratInnen im Rathaus ihre Papierkörbe und fanden diese als moderne Kunstwerke völlig ausreichend.

Damit wäre das Schicksal von Mae West irgendwo zwischen Strickliesl und dem Schnurbartrümpfen des OB besiegelt worden - wenn die Grünen nicht dem Charme dieser Großplastik erlegen wären. Völlig unökologisch und gar nicht nachhaltig - wie Verliebte halt sind - schlossen sie sich dem Lebensmotto von Mae West an: „Von allem zuviel ist wunderbar“ und beschlossen, alles dafür zu tun, dass dieses Kunstwerk Realität werden würde. Das reichte dann nach parteiübergreifendem Dahinsinken vor Mae West für eine knappe Mehrheit.

Jetzt, wo der erste Proteststurm über die Stadt hinweggefegt ist, erlauben wir uns den bescheidenen Hinweis, dass der Grüne Fraktionsvorsitzende Siegfried Benker federführend diese Mehrheit gebastelt hat - und dass er das immer noch richtig findet. Die Kritiker werden bald verstummen und erkennen, dass diese Skulptur den Effnerplatz völlig neu gestaltet und aufwertet. Nehmen wir sie als modernes Gegenstück zu der etwas mit Patina überzogenen Bavaria im Westen der Stadt: Bavaria 2.0 - Mae West!

Übrigens: Die ca. 1,5 Mio Euro wurden aus dem sog. „Kunst am Bau“-Programm finanziert, das bei fast allen öffentlichen Bauwerken angewendet wird. Hier waren es ca. 0,5 % der Gesamtkosten des Richard-Strauß-Tunnels.

DAS GLÄSERNE RATHAUS

Informationsfreiheit und Open Government

Ab 1. April (kein Scherz) tritt in München auf grüne Initiative hin eine „Informationsfreiheitsgesetz“ in Kraft. Was ist mit diesem durchaus sperrigen und bürokratisch klingenden Begriff gemeint?

Es geht um den freien Zugang zu kommunalen Informationen, um den rechtlich verbrieften Anspruch darauf, Auskunft zu erhalten über alle Vorgänge in Stadtrat und Verwaltung, um Transparenz, um das gläserne Rathaus (sodass wir vielleicht gar kein *Wikileaks-München* brauchen).

Denn was die Stadt tut, das geschieht im öffentlichen demokratischen Auftrag und mit unser aller Steuergelder. Also gehören eigentlich auch die Akten uns allen und müssen für alle frei zugänglich sein. So kann Politik effektiv kontrolliert, lebendige Demokratie und Partizipation auf der Basis umfassender Information ermöglicht werden. Denn Demokratie erfordert Transparenz und Kontrolle. Das Handeln öffentlicher Verwaltungen sollte für die Bürgerin und den Bürger prinzipiell offen zugänglich sein. Jeder hat ein Recht darauf zu erfahren, wie sich die Kommune engagiert, wie der Wortlaut eines Gutachtens lautet, welche Kosten dem Steuerzahler entstehen und welcher Art die Hintergründe für öffentliche Entscheidungen sind.

Was besagt diese Satzung nun genau und was heißt das in der Praxis? Die Satzung beginnt mit dem Satz: „Jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Landeshauptstadt München hat Anspruch auf freien Zugang zu den bei der Stadtverwaltung einschließlich der Eigenbetriebe vorhandenen amtlichen Informationen“, wobei unter Information „jede amtlichen Zwecken dienende Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung“ verstanden wird.

Nach einem formlosen Antrag muss die Stadt die erbetenen Informationen innerhalb eines Monats zur Verfügung stellen. Ausgenommen von dem Auskunftsrecht sind schützenswerte personenbezogene Daten, vertraglich oder gesetzlich geheime Informationen so-

wie Protokolle und Notizen vertraulicher Beratungen. Einfache mündliche oder schriftliche Auskünfte werden umsonst erteilt, bei aufwendigen Recherchen können die Kosten bis auf 500 Euro steigen.

Einen Haken hat diese Satzung jedoch. Sie gilt nur für Akten aus dem sog. „eigenständigen Wirkungskreis“ der Kommune. Der „übertragene Wirkungskreis“ ist ausgenommen, d.h. überall dort, wo laut Gemeindeordnung die Stadt sozusagen nur im Auftrag des Landes Aufgaben übernimmt, greift sie nicht, da hier ein Landesgesetz fehlt.

Auf der Bundesebene ist auf grüne Initiative ein Informationsfreiheitsgesetz in Kraft getreten. In inzwischen 11 Bundesländern wurde ein entsprechendes Landesgesetz verabschiedet - aber nicht in Bayern. Sowohl in der letzten wie in dieser Legislaturperiode wurden entsprechende Gesetzesinitiativen aus der Opposition durch die CSU abgelehnt. Es ist zwar ermutigend, dass die Münchner CSU-Stadtratsfraktion nicht nur bei dem (übrigens einstimmigen) Stadtratsbeschluss für eine Informationsfreiheitsgesetz mitstimmte, sondern auch die Aufforderung an den Landesgesetzgeber unterstützte, hier tätig zu werden, aber die Landes-CSU hat gleich abgewinkt – sie bleibt stur. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt: Dass inzwischen in 13 Kommunen incl. der Landeshauptstadt Informationsfreiheitsgesetze verabschiedet wurden, lässt hoffen, dass der Diskussionsprozess dazu auch in Bayern nicht abreißt. Aber auch in München hatte diese Satzung eine nicht einfache Geschichte. Meinen Antrag stellte ich bereits im Sommer vorletzten Jahres. Erst legte die Verwaltung eine negative Stellungnahme vor und hatte dabei Oberbürgermeister Ude und die SPD hinter sich. Zu viel Aufwand und wenig Bedarf, so die eher lapidaren Gegenargumente. Transparent sind wir schon – wieso brauchen wir noch eine Satzung? Der Vergleich mit anderen deutschen Städten, in denen das Interesse zwar reger war, die Verwaltung aber nicht mit einer Flut von äußerst aufwändig zu beantwortenden Fragen überschüttet wurde, überzeugte jedoch schlussendlich.

Die Informationsfreiheitsgesetz ist für uns Grüne ein großer Erfolg im Sinne von Transparenz und Bürgerrechten. Doch erstens ist sie verbesserungsfähig und zweitens reicht sie nicht aus. Bis 2013 sollen die Erfahrungen mit der Satzung ausgewertet werden. Danach sollte sie weiter entwickelt werden. Eine explizite Ausweitung auf den Bereich städtischer GmbHs (Stadtwerke etc.), der freie Zugang für jedermann (nicht nur für MünchnerInnen), eine Abwägungsklausel zwischen Interesse der Allgemeinheit und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sind hier die Stichworte – und es ist auch zu prüfen, ob die Gebühren zu abschreckend sind.

Auch das RIS muss besser werden

Eine solche Satzung reicht aber grundsätzlich nicht aus, denn es reicht nicht zu warten, bis die BürgerInnen um Auskunft begehren. Gerade im Zeitalter des Internet müssen die wesentlichen Informationen von der Stadt proaktiv veröffentlicht werden. Hier ist schon viel getan worden über die Rathausseite des München-Portals (www.muenchen.de/rathaus) und das Ratsinformationssystem (www.ris-muenchen.de), doch gibt es weiteren Verbesserungsbedarf.

Unsere Anträge zur Verbesserung des Ratsinformationssystems waren schon teilweise erfolgreich. Inzwischen werden auch die Stadtratsprotokolle ins Internet gestellt. Dies wurde gegen die Stimmen des Oberbürgermeisters und der SPD so beschlossen, die fürchteten, dass der weltweite Zugang zu den Äußerungen der Stadtratsmitglieder problematisch sein könne. Außerdem werden seit Anfang dieses Jahres auch die Beschlussvorlagen, sozusagen die kommunalen Gesetzesentwürfe, vor der Sitzung ins Internet gestellt. Zu arbeiten ist jedoch noch an der Übersichtlichkeit und Benutzerfreundlichkeit des Internetangebots.

Open Government – E-Government

Wie das Internet und insbesondere das sog. Web 2.0 zu nutzen ist, um Verwaltung offener und bürgerfreundlicher zu machen, hat sich in dem Projekt MOGDy (Munich Open Government Day – www.muenchen.de/mogdy) gezeigt. Die offene Regierungskunst (wie man Open Government übersetzen könnte) bezieht sich sowohl auf den Bereich der Transparenz (Zugang zu Informationen) wie auch der Partizipation (Bürgerbeteiligung) wie allgemein der Interaktionen von BürgerIn und Verwaltung im Sinne eines besseren und effektiveren Service. Dabei sind eben die Techniken elektronischer Kommunikation wie das Internet ein wichtiges Instrument – das sog. E-Government. Im Internet werden Informationen bereit gestellt, hier können auch neue Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt werden, aber auch ganz normale Verwaltungsabläufe können verbessert werden (Behördengänge durch Online-Verfahren ersetzen z.B.).

Bei Mogdy konnten in einer ersten Phase auf einer offenen Plattform jeder und jede Vorschläge machen, die dann

im Internet kommentiert und bewertet wurden. (In einer zweiten Phase werden in einem Programmierwettbewerb von den Teilnehmenden Anwendungen entwickelt, die von einer Jury prämiert werden). Die Top Ten der Vorschläge (mit den meisten Votes) sind:

1. Fixmystreet für München (Anwendung, um Probleme mit der kommunalen Infrastruktur online zu melden).
2. Geodaten freigeben (diese Daten sollen „maschinenlesbar“ sein, damit man sie als Grundlage zur Entwicklung von Anwendungen/Apps nutzen kann).
3. Freies City-WLAN an ausgesuchten Orten.
4. Informationsfreiheitsgesetz für München.
5. Publikation zur freien Weiterverwendung lizenzieren..
6. Cacert4München (offenes System mit dem BürgerInnen über einen sicheren Kanal mit der Stadtverwaltung kommunizieren und sich ebenso authentifizieren können).
7. Stadtratssitzungen live im Web.
8. Onlinebörse für Freiwilligendienste
9. Umstellung des Radroutenplaners auf OpenStreetMap.
10. Mogdy kontinuierlich fortführen.

Ich finde viele dieser Ideen im Sinne

einer offenen, die BürgerInnen einbeziehenden Regierungskunst sehr verfolgenswert.

Auf der MOGDy-Veranstaltung gab es auch weitere Diskussionen über neue Formen der Bürgerbeteiligung. Man könnte z.B. mit einem Voting-System wie bei MOGDy Vorschläge der BürgerInnen zu allen Politikbereichen sammeln und als Anregung nutzen. Die Überschreitung eines bestimmten Quorums könnte man verbinden mit dem Anspruch auf Stadtratsbefassung (ähnlich wie bei Online-Petitionen) und/oder die Installierung eines Runden Tisches zu diesem Vorschlag. In diesem Zusammenhang sollte man auch, wie Sigi Benker es in einen Antrag vor einigen Jahren schon vorgeschlagen hat, über einen Bürgerhaushalt wie in Köln nachdenken. Denn gerade nach den Debatten über Stuttgart 21 stehen wir Grünen in der Pflicht, neue moderne Formen zu finden, um BürgerInnen bei politischen Entscheidungen früh und nachhaltig einzubeziehen. Wir sollten als Pioniere der offenen Regierungskunst mutig voranschreiten.

Florian Roth

NEUANFANG BEIM STÄDTISCHEN KLINIKUM

Der Hygienekandal am städtischen Klinikum hat letzten Sommer wochenlang für negative Schlagzeilen gesorgt. Auch die Grüne Stadtratsfraktion geriet in die Kritik. Mittlerweile wurden Konsequenzen gezogen.

Am 2. Juli 2010 wurde in der Aufsichtsratssitzung des Städtischen Klinikums (STKM) ein Gutachten zu massiven Hygienemängeln in der Zentralsterilisation (ZSVA) Bogenhausen bekannt. Dieses Gutachten war von der Geschäftsführung des Klinikums in Auftrag gegeben worden, nachdem es seit einem Jahr immer wieder Beschwerden über die ZSVA gegeben hatte und Operationsbesteck wegen Verschmutzung zurückgegeben wurde. Der Aufsichtsrat erfuhr erst in dieser Sitzung zufällig von den Mängeln bei der Sterilgutaufbereitung.

In den folgenden Tagen wurde das ganze Ausmaß der Versäumnisse be-

kannt, worauf der Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender und das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) sofort handelten. Eine Begutachtung der ZSVA durch das Referat für Gesundheit und Umwelt zeigte, dass es massive Versäumnisse auf allen Ebenen gab. Die ZSVA wurde geschlossen, Geschäftsführer und weitere Verantwortliche vom Dienst suspendiert. Die Sterilisation von Besteck wurde an externe Anbieter vergeben. Glücklicherweise waren keine PatientInnen mit verunreinigtem Besteck behandelt worden. In den folgenden Tagen und Wochen diskutierte der Aufsichtsrat in vielen Sitzungen über die Ursachen dieser Mängel und die schlechte Kommunikation mit der Geschäftsführung. Ziel war vor allem, möglichst schnell und zügig wieder Ruhe in die verunsicherte MitarbeiterInnenschaft zu bringen und das Vertrauen der PatientInnen wieder zu gewinnen. Letztlich wurden drei von vier Geschäftsführern außerordentlich

gekündigt und eine Interimsgeschäftsführung bestellt.

Deutlich wurde aber auch, dass die Strukturen in der STKM, insbesondere die Führungsstrukturen nicht effizient waren und bereits dort erhebliche Informations- und Kommunikationsdefizite bestanden. Deshalb wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass die Führungs- und Organisationsstrukturen analysieren und Empfehlungen erarbeiten sollte.

„Geheimakte“ landet in der Presse

Nachdem das Gutachten im Oktober vorgelegt wurde, erhielt es – da formell „Eigentum der Geschäftsführung“ – den Status einer Geheimakte, landete aber, wie in solchen Fällen üblich, trotzdem bald in der Presse.

Die Gutachter kamen zu dem Schluss, dass die zentrale Unternehmensführung

die richtige Struktur hat und die Geschäftsordnung und das Prozessmanagement klar definiert sind. Allerdings bestünden in der Geschäftsführung eine Vielzahl von Regelungen, die zu wenig bekannt seien und nur mangelhaft oder gar nicht umgesetzt würden. Darüber hinaus wurden zahlreiche Doppelstrukturen festgestellt, eine zögerliche Entscheidungsfindung und gravierende Umsetzungs- und Kommunikationsschwächen beschrieben.

Es fehlt laut Gutachten nicht an klaren strategischen Vorgaben, nur fanden sie nicht den Weg in das Unternehmen. Besonders bemängelt wurde, dass die STKM nicht als ein einheitliches Gesamtunternehmen betrachtet und gemanagt wird, sondern die einzelnen Standorte zum Teil in Konkurrenz zueinander stehen. Aus den unterschiedlichen Modellen einer neu zu strukturieren-

den ersten Leitungsebene entschied sich der Aufsichtsrat für klare Kompetenzzuweisungen und einen starken Vorsitz., d.h. eine Geschäftsführung aus drei, maximal vier Personen, ein/e Geschäftsführer/in für den Bereich Medizin, ein/e Vorsitzende mit Vetorecht. Zwei zentrale Fragen bestimmten die Diskussion. Zum einen wurde vereinbart, eine Person mit medizinischer Kompetenz in der Geschäftsführung zu installieren. Ein Mediziner/in ist zwar noch lange kein/e Klinikmanager/in - die Managementkompetenzen müssen im Vordergrund stehen. Und es wäre auch eine gewagte Vermutung, dass ein Arzt oder eine Ärztin in der Geschäftsführung den Hygieneskandal hätte verhindern können. Aber natürlich ist medizinischer Sachverstand in der Geschäftsführung von Vorteil, er kann aus ärztlicher, aber auch pflegerischer Sicht eingebracht werden.

Die andere Diskussion entzündet sich daran, ob es eine vierte Geschäftsleitungsposition für eine/n Arbeitsdirek-

tor/in geben soll. Die Empfehlungen des Gutachtens sprachen sich klar für eine dreiköpfige Geschäftsführung aus, wobei die Position des Arbeitsdirektors bspw. von der Vorsitzenden übernommen werden könnte. Dies betrachtete die ArbeitnehmerInnenseite als Herausforderung, da sie dann auf eine eigene Geschäftsleitungsposition verzichten müsste. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit, die Bildung von Doppelstrukturen und unklaren Entschei-



Elizabeth Harrison, die neue Chefin des STKM mit Hep Monatzeder, Aufsichtsratsvorsitzender der STKM und der Vertreterin der Grünen im Aufsichtsrat, Fraktionsvorsitzende Lydia Dietrich.

lungsstrukturen und nicht zuletzt das finanzielle Argument sprechen eher für eine Dreierlösung.

Das nächste Ziel war es eine/einen Vorsitzende/n zu suchen, die/der in der Lage ist, die STKM strategisch neu auszurichten und im Team die weiteren strukturellen Defizite zu analysieren und anzugehen.

Der Aufsichtsrat entschied sich im Dezember 2010 für Frau Dr. Elizabeth Harrison als Vorsitzende der Geschäftsführung, die im Februar 2011 ihren Funktion aufgenommen hat. Es wird ihre Aufgabe sein, gemeinsam mit der Geschäftsführung, mit den unterschiedlichen Führungsebenen und der gesamten MitarbeiterInnenschaft die STKM in Zukunft so aufzustellen, dass sie für PatientInnen ein hochwertiges Angebot bereitstellt, für die MitarbeiterInnen ein attraktiver Arbeitsplatz ist und im verschärften Konkurrenzkampf auf dem Krankenhausmarkt in der Zukunft wirtschaftlich bestehen kann.

Neben der Herausforderung, die medi-

zinisch- pflegerischen Angebote für die Münchnerinnen und Münchner in hoher Qualität bereitzustellen, besteht für die STKM die Notwendigkeit das finanzielle Defizit zu beseitigen und in die sogenannten schwarzen Zahlen zu kommen. Die bundespolitischen Vorgaben werden dabei nicht sehr hilfreich sein, die schwarz-gelbe Koalition setzt den Spardruck für die Kliniken in Deutschland weiter fort.

Das Defizit hat sich durch die Hygiene-Krise verschärft, aus erwarteten 6 Millionen Defizit im Jahr 2010 wurden 25 Millionen. Für 2012 wird die „schwarze Null“ angestrebt. Vor allem muss die Einnahmeseite verbessert werden. So ist geplant, die Fallzahlen zu steigern, die ambulante Versorgung auszuweiten und die Prozesse im Klinikum zu optimieren (z.B. Behandlungsabläufe, Kooperationen).

Allerdings wird die Sanierung nicht ohne Einsparungen gelingen, die im wesentlichen im Personalbereich vorgenommen werden müssen. Klar ist aber auch, dass gerade im Pflegebereich keine weiteren Personalreduzierungen mehr möglich sind - im Gegenteil, in der Pflege droht ein neuer Notstand, dem es frühzeitig zu begegnen gilt. In den kommenden fünf Jahren will die STKM außerdem für die bauliche Modernisierung ihrer Standorte nahezu 300 Mio. Euro investieren. Trotz all der schwierigen Rahmenbedingungen hat die STKM als größtes kommunales Klinikum Deutschlands das Potential, sich auf dem Krankenhausmarkt behaupten zu können.

Lydia Dietrich

NATUR IN DER STADT – WERTVOLL UND SCHÜTZENSWERT

München ist eine sehr dicht besiedelte Großstadt. Trotzdem sind ca. 10 % der Münchner Stadtfläche als wertvolle Biotopflächen als wertvolle Biotopflächen erfasst und knapp 6000 ha als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete rechtlich gesichert. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum und der Freizeitnutzungsdruck machen den Erhalt und die Pflege der Naturschutz- und Biotopflächen zu einer schwierigen Aufgabe.

Bei Baumaßnahmen sind zwar Ausgleichsflächen verpflichtend, werden aber nur zu 40 % in deren Umkreis geschaffen. Die größten Flächen werden in eigenen Ausgleichspools (wie z.B. bei den großen Baumaßnahmen Hbf-Laim-Pasing durch die Erhaltung eines durchgängigen Vernetzungsbandes entlang der Bahnachse) oder auf dem 1. Münchner Ökokonto im Eschenrieder Moos ausgeglichen.

Naturschutz findet statt in München, aber hat er oft zu wenig Priorität. Die Naturschutzverbände werden meist zu spät eingebunden. In Verhandlungen mit Investoren werden Naturschutzbelange nur vom Planungsreferat wahrgenommen – und das verfolgt oft von vornherein eine Kompromisslinie, weil

andere Interessen vorrangig sind.

Das zeigt beispielhaft die Entwicklung am alten Gleislager in Neuaußing: Zwar wird das Biotop jetzt gepflegt, die Aurelis hat die Ausgleichsflächen fast vollständig auf dem Baugebiet untergebracht und plant jetzt sogar einen Tunnel für die Zauneidechsen, aber dennoch: das Biotop durchschnitten, alternative Straßenführungen wurden nicht berücksichtigt und die Verlegung des Sportplatzes ins Gewerbegebiet Freiham ist jetzt nicht mehr möglich. Oder am Hüllgraben: hier wurden die Weichen bereits vor über 10 Jahren gestellt, als der Hüllgraben im städtebaulichen Vertrag für die Entwicklung der Achse Hauptbahnhof/Laim/Pasing als Ersatzstandort für das Gewerbe an der Paul-Gerhardt Allee festgeschrieben wurde.

Der Naturschutz braucht höhere Priorität

Konsequenterer Naturschutz muss daher **alle** Vertreter öffentlicher Belange lange vor dem Aufstellungsbeschluss mit einbeziehen. Dann ist noch was zu bewegen und die Naturschutzverbände können ihre Interessen einbringen und dafür auch öffentlich wer-

ben. Einen entsprechenden Antrag haben wir inzwischen gestellt und in einem weiteren Antrag Tabuflächen für den Naturschutz gefordert.

Doch solange der Naturschutz im Planungsreferat verankert ist, werden wir über Nachbesserungen kaum hinauskommen. Unsere Forderung, die Untere Naturschutzbehörde ins Umweltreferat (RGU) zu verlagern, konnten wir bei den letzten Koalitionsverhandlungen leider nicht durchsetzen. Das muss Aufgabe der nächsten Fraktion sein! Die Grüne Naturschutzpolitik ist somit oft ein Kampf um kleine Erfolge, aber wir konnten doch einiges erreichen

Unterschiedliche Zuständigkeiten

Eine große Hürde ist auch die Zersplitterung des Naturschutzes auf verschiedene Referate. Das Baureferat betreut die städtischen Grünflächen, die Untere Naturschutzbehörde (UNB) im Planungsreferat ist für den Baumschutz sowie für die Natur- und Landschaftsschutzgebiete zuständig und das RGU für den Arten- und Biotopschutz. Als Ergebnis eines alten grünen Antrages zur besseren Vernetzung des Naturschutzes und vieler grüner Gesprächsrunden mit der Verwaltung wurde im April 2008 endlich die Gründung eines Runden Tische „Forum Biotoppflege“ beschlossen. Ziel ist die Klärung des Pflegestatus der geschützten Flächen sowie die Ermittlung pflegebedürftiger Flächen und der jeweils notwendigen Maßnahmen. Dies ist ein kleiner Erfolg, denn seit Einführung des Forums haben sich die Kommunikation zwischen den Referaten und die Umsetzung von Maßnahmen deutlich verbessert.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Geschützte Gebiete gibt es einige in der Stadt, doch wer kennt schon die Regeln und wer hält sich gar daran? Freilaufende Hunde verkoten die sensiblen Flächen und erschweren die notwendige Schafbeweidung. Menschen



Paul Bickelbacher und Sabine Krieger bei einer Exkursion zum Hüllgraben mit Vertretern des Bund Naturschutz und des BA Bogenhausen.

zertrampeln die geschützten Pflanzen oder laden ihren Müll ab – die Naturschutzverbände beklagen seit langem diese Defizite. Gerade auf der Panzerwiese wurden trotz eines existierenden Pflegeplanes die Regeln oft missachtet. Nach mühevollen Gesprächen mit der Verwaltung waren die Aufstellung von Informationstafeln auf der Panzerwiese und das Erstellen eines Informationsblattes ein erster Erfolg. Seit 2007 informiert der Bund Naturschutz mit seinem Projekt „Heimat braucht Freunde“ über die Schutzwürdigkeit des Naturschutzgebietes und wird darin seit 2010 von der Stadt finanziell unterstützt. Auf unseren Antrag hin wurde ein Naturschutzbeauftragter eingestellt, der vor Ort informiert und Ansprechpartner für



Kommt sowohl am Gleislager als auch am Hüllgraben vor: Die streng geschützte Zauneidechse

Konflikte und Probleme ist. Auch eine Verstärkung der Kontrollen ist vorgesehen. Ein großes Problem sind die privaten

Biotope, deren Besitzer oft kein Interesse an der Pflege haben. Deshalb unterstützt das RGU die Biotoppflege des Landesbundes für Vogelschutz seit vielen Jahren mit ca. 65.000 Euro, eine Summe, die auf Grüne Initiative 50.000 Euro pro Jahr erhöht wurde. Auch eine personelle Aufstockung in der UNB für den flächenhaften Naturschutz konnten wir durchsetzen. Seitdem ist frischer Wind in die UNB eingekehrt, deren Aktivitäten lange Zeit wenig mehr als den Baumschutz abdecken konnten.

Sabine Krieger

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste sucht zum 1. September 2011

eine wissenschaftliche Mitarbeiterin/ einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Bereiche Bildung, Sport und kommunale Beschäftigungspolitik (19,5 Std/Wo).

Die Tätigkeit umfasst:

- die Zuarbeit für die Stadträtinnen und Stadträte in den Bereichen schulische und vorschulische Bildung und Sport sowie kommunale Beschäftigungspolitik;
- die Betreuung des Stadtratsausschusses für Bildung und Sport;
- die Teilnahme an Fraktionssitzungen;
- Recherchetätigkeiten und Erarbeiten von Konzepten;
- das Entwerfen von Anträgen, Anfragen und Pressemitteilungen;
- Netzwerkarbeit mit verschiedenen Initiativen und Institutionen;
- die Betreuung des Facharbeitskreise Bildung;
- die Beantwortung von Bürgeranfragen;
- allgemeine Büroaufgaben nach Bedarf (Auskunft, Telefondienst, Terminkoordinierung).

Wünschenswert sind außerdem Kenntnisse auf dem Gebieten der IT und des E-Government.

Wir suchen eine teamfähige und flexible Persönlichkeit, die nach Möglichkeit schon Erfahrungen mit Grüner Politik gemacht haben sollte und gewohnt ist, eigenständig zu arbeiten. Wir erwarten fundierte Kenntnisse im Bereich Bildung und Sport aufgrund eines abgeschlossenen Studiums oder einschlägiger praktischer Tätigkeit.

Die Stelle ist befristet bis zum Ende der Wahlperiode, April 2014, und wird nach TVÖD (E 10) vergütet.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen deshalb Bewerbungen von Frauen und Männern, unabhängig von deren kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Behinderung oder sexueller Identität. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles bevorzugt.

Bitte richten Sie die Bewerbung bis zum 31.05.2011 an
Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste
Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Rückfragen richten Sie bitte an unser Fraktionsbüro: Tel. 089-233-92620

BILDUNG: AUFBRUCH ZU NEUEN UFERN

Im Sommer 2008 beschlossen die SchulpolitikerInnen der Grünen Fraktion – Jutta Koller, Sabine Krieger und Florian Roth – , dass wir uns aktiv auf die Suche für die Nachfolge der Stadtschulrätin machen wollten, deren Amtszeit ein Jahr später zu Ende ging.

Dank Grüner Recherchearbeit wurde in einem nordrhein-westfälischen Städtchen der neue Stadtschulrat Rainer Schewpe entdeckt und konnte trotz Gegenwehr seiner SPD-Parteigenossen für München gewonnen werden. Es ist ein großer Erfolg für uns Grüne und für die Münchner Grüne Bildungspolitik, dass nun jemand an verantwortlicher Stelle offen für zeitgemäße Bildungsideen eintritt und ihre Realisierung aktiv vorantreibt.

Lernende sind keine Stopfgänse

Das schlechte Abschneiden deutscher SchülerInnen in Bildungsstudien könnte dazu führen, dass das alte Modell abgelöst wird - nämlich SchülerInnen



Stadtrat Dr. Florian Roth gratuliert Rainer Schewpe zu seiner Wahl zum Stadtschulrat

„Wissen einzuflößen, als seien sie Stopfgänse. Ein Stopfkopf kann aber nicht mehr klar denken“ – schreibt Tanev Schultz in der SZ vom 10.12.2008 und modernisiert damit das Bild vom Nürnberger Trichter. Es bleibt ein angemessen grauenhaftes Bild, hat doch die Hirnforschung alt bekanntes pädagogisches Erfahrungswissen bestätigt:

Lernen – in dem Sinn, dass „Gelerntes“ zur weiteren Verfügung steht – findet ohne Motivation und ohne emotionale Beteiligung schlichtweg nicht statt. Ein auf 45 Minuten festgelegter Lernrhythmus mit dem gleichem Lernziel für alle und identischer Zugangsmethode (oft kognitiv und per Frontalunterricht) widerspricht jeglichem Wissen, wie Lernen funktioniert.

Unsere bekanntermaßen alternde Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auch nur ein einziges Kind nicht entsprechend seinen individuellen Möglichkeiten zu fördern. Strukturelle Reformen sind dringend erforderlich. In dem Bündnisvertrag mit der SPD ist deshalb vereinbart:

Wir wollen eine Reformschule in kommunaler Trägerschaft einrichten.

Ach, wie schön ist Jena: Reformschule

Die vergeblichen jahrelangen Bemühungen – besonders von Sabine Krieger (s. ihren Artikel in der Mamba Nr. 98, vom Januar 2008) - , in München eine Reformschule in städtischer Trägerschaft zu realisieren, sollten nicht in Frustration enden und zur Aufgabe der Idee führen. Deshalb sind wir zur erneuten Motivation in die Jenaplanschule nach Jena gefahren, um zu erleben, dass die Konzeption einer „Schule für alle“ nicht realitätsfern ist. Es gibt sie wirklich - die notwendigen Bedingungen für jahrgangsübergreifendes (Projekt-)Lernen, rhythmisierten

Unterricht, individuell bestimmte Lernformen, Öffnung der Schule in den Stadtteil etc.. Und es gibt sie in dem CDU-regierten Thüringen und an der **staatlichen (!)** Jenaplanschule ist es gelungen, den staatlichen Lehrplan in anderen Strukturen zu realisieren.

Bayern (ohne Genehmigung des Freistaats kann die Schule nicht realisiert

werden) ist nicht Thüringen, obwohl der neue Kultusminister Ludwig Späthle reformpädagogischen Ideen gegenüber aufgeschlossener ist als sein Vorgänger: Aber eine Reformschule, die diesen Namen verdient, wird es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Dennoch überlegen wir weiter intensiv, wie wir reformpädagogische Ideen realisieren können.

Lernen nach individuellen Möglichkeiten erfordert die Bereitstellung entsprechender räumlicher Möglichkeiten: Schulen müssen architektonisch so konzipiert bzw. umgestaltet werden, dass der Frontalunterricht ohne Probleme oder aufwändige Organisation durch Gruppen- und Projektlernen abgelöst werden kann.

Mitten im Sommerloch, einen Monat nach seinem Amtsantritt, hat es der neue Stadtschulrat geschafft, die Pläne für den Neubau eines Gymnasiums in Trudering architektonisch so umarbeiten zu lassen, dass anderes Unterrichten, eine andere Beziehung zwischen Unterrichtenden und Lernenden, auch räumlich ermöglicht und nicht verhindert wird.

school opening – Ganztagsangebote

Eine so komplexe Aufgabe wie Bildung, Erziehung und Integration kann nicht allein von der Schule bewältigt werden. Möglichst viele Menschen, die in einem Stadtteil leben, und Organisationen, Vereine, Geschäfte etc. müssen sich dafür verantwortlich fühlen. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag die grundsätzliche Regelung der Koordination und der Zusammenarbeit zwischen Schule und Angeboten der freien Kinder- und Jugendhilfe sowie eine stärkere Öffnung und Vernetzung der Schulen in den Stadtteil festgehalten. Zur Erreichung dieses komplexen Ziels hat der Bildungsreferent die „Münchner Serviceagentur für Ganztagsbildung“ gegründet, die Schulen und Kooperationseinrichtungen bei der Einrichtung von Ganztagsklassen unterstützt.

Ganztagsangebote sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Aufklärung muss sein – frühkindliche Förderung

Das Wort „Bildungsgerechtigkeit“ wird so häufig gebraucht, dass man es fast nicht mehr hören kann, weil es nur noch eine Worthülse zu sein scheint. Fakt ist aber immer noch, dass Bildungserfolge in hohem Maß von dem sozioökonomischen Status der Eltern abhängen – das haben der Münchner Bildungsbericht 2010 wie auch die OECD-Bildungsstudie gezeigt. Mangelndes Interesse, aber vor allem mangelndes Wissen der Eltern sind die Ursache für schulischen Misserfolg. Zwar wollen Eltern nur das Beste für ihre Kinder: Laut einer Expertise (2008) des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund (befragt wurden in Berlin 2000 Eltern von 5- und 6-Klässlern an 21 Grundschulen) wollen 64 % der Eltern, dass ihre Kinder Abitur machen; bei den Eltern von Migrantenkinder wollen das 65 %. Die Realität sieht anders aus – auch weil unter dreijährige Kinder von MigrantInnen die frühkindlichen Betreuung in Krippen selten in Anspruch nehmen (s. dazu den Artikel von Gülseren Demirel auf S.16).

Daran ist noch zu arbeiten – eine erste organisatorische Vereinfachung ist aber endlich Realität geworden: die von SPD und Grünen gewollte Zusammenfassung der Kinderbetreuung in einer Hand. Der Stadtrat hat beschlossen, für die quantitative und qualitative Verbesserung der frühkindlichen Förderung jährlich zusätzlich 50 Millionen auszugeben. Im Rahmen der Münchner Förderformel ist ein Standortfaktor enthalten, durch den Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten besonders gefördert werden (s. dazu den Artikel von Jutta Koller auf S18).

Inklusion

Deutschland hat die UN-Konvention unterzeichnet, die den Rechtsanspruch aller Menschen, auch derer mit Handicap, auf eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen anerkennt. Wir haben ein Antragspaket zur Inklusion im sozialen und im Bildungsbereich gestellt, darin enthalten ist der Antrag auf ein Hearing zur Überprüfung der (möglicherweise noch zu verbessernden) Rahmenbedingungen

in München, um Inklusion zu realisieren. Im Laufe dieses Jahres wird ein Fachtag mit 15-20 ExpertInnen stattfinden, um die bestmöglichen Ideen und Erfahrungen nutzen zu können. Wir haben das Antragspaket bewusst „Auf dem Weg zur Inklusion“ genannt, weil existierende Modelle zur speziellen Förderung nicht abrupt enden sollen.

Schönere Schulen – besseres Klima

Eine lernfördernde Schulausstattung hat viele (auch banale) Komponenten, denen wir unsere Aufmerksamkeit gewidmet haben:

eine Initiative zur Verbesserung der Raumakustik führte dazu, dass jährlich (bereits ab 2010) zusätzlich eine Million für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung steht;

die Auslotung, welche Möglichkeiten Eltern haben, in Eigeninitiative Schulverschönerungen durchzuführen – da bahnt sich eine größere Autonomie der Schulen an;

auch vor Toilettenbesichtigungen (intensive Riechprobe) haben wir uns nicht gescheut, um den vielfachen Klagen nachzugehen und die Maßnahmen des Bildungsreferats direkt zu sehen und weitere Handlungsmöglichkeiten zu initiieren.

In Zeiten der Transparenz sollte es möglich sein, auch etwas mehr Licht in den geschlossenen Raum Schule zu bringen. Der Antrag (A00799 vom 12.05.2009), eine Umfrage zum Schulklima zu machen, ist noch nicht bearbeitet – wir bleiben dran.

Zur Gewaltprävention haben wir eine bessere schulpсихologische Betreuung und Einstellung sozialpädagogischer Fachkräfte in den Schulen gefordert; durch die erhobenen Zahlen wurde die katastrophale Unterversorgung an Berufsschulen sichtbar –

eine Verbesserung wird von der Fachabteilung versucht (es fehlt an ausgebildeten Fachkräften).

Vernetzung

Natürlich ist es mit Anträgen nicht getan. Eine Überprüfung der Realisierung des Vorgeschlagenen, Korrekturen aufgrund von Praxiserfahrungen, Anregungen und vor allem Evaluierungen – konkret: Welche Maßnahme, welches Modell hat welche Wirkung? – sind dringend erforderlich.

Wir haben kontinuierliche Gespräche mit „der“ Verwaltung geführt, haben auch einzelne Abteilungen, die am selben Thema arbeiten, mit einander ins Gespräch gebracht, etwa zum Thema Bio-Essen, was sehr positiv aufgenommen wurde. Es gab Treffen mit den unterschiedlichsten Initiativen, Kontakte zu den BAs, Besuch von Modelleinrichtungen und Brennpunkten, den AK Bildung (noch etwas in den Kinderschuhen), den Cluster Bildung mit der ersten Auftaktveranstaltung etc.

Herrad Meese



„Seht liebe Leut hie steht der Mann, so alle Künste eingießen kann“ (Kupferstich 17. Jahrhundert).

MEHR GELD FÜR DIE UMWELT

Unser gutes Wahlergebnis hat es endlich möglich gemacht: Mehr Geld für die Unterstützung von Umweltorganisationen - und das regelmäßig. Seit Oktober 2008 fließen jedes Jahr zusätzlich 500.000 Euro in verschiedene Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekte. Einige Beispiele:

50.000 Euro erhält das von Green City entwickelte Projekt „**Internationales Mobilitätszentrum**“ das an einem Ort alle Kompetenzen, Informationen und Angebote zu umweltfreundlicher Mobilitätsformen bündeln soll. Einen Schwerpunkt bilden dabei alternative Radkonstruktionen, die z.B. auch älteren oder gehandicapten Menschen eine Alternative zum PKW bieten.

Das mit 35.000 Euro geförderte Projekt „**Nachhaltige Mobilität**“ des Bund Naturschutz will auf eine Verringerung des Autoverkehrs hinwirken, beispielsweise durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und das Propagieren des Zusatznutzens bestehender ÖV-Angebote.

Als weiteres Projekt von Green City unterstützt die Stadt das Projekt „**Umweltpädagogik – Energieschule Mün-**

chen“, dessen Ziel es ist, an Schulen die Möglichkeiten von Energieeinsparungen und regenerativer Energieerzeugung experimentell erfahrbar zu machen. Die SchülerInnen lernen zudem Berufsspektren kennen. Die Projekttagge „Energie mit Zukunft“ wenden sich an 8. und 9. Klassen der Hauptschulen. Die Ernährungsberatung „**Ökologisches Essen**“ des BN hat zum Ziel, den ökologischen Landbau im Großraum München zu fördern, indem sie Verbraucher über die Vorzüge ökologischer Lebensmittel aufklärt. Dazu gehört die Förderung des Einsatzes ökologischer Lebensmittel und die Öffentlichkeitsarbeit für den ökologischen Anbau. Das Projekt wird mit 35.000 Euro unterstützt. Neben der Finanzierung dieser speziellen Projekte wurde auch noch der Fördertopf **Agenda 21** um 120.000 Euro im Jahr erhöht. Damit können jetzt endlich auch viele kleine Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekte gefördert werden - eine Vielfalt, die zu mehr Umweltbewusstsein beiträgt.

Sabine Krieger

WATER MAKES MONEY? NOT IN MUNICH!

„Water makes money“ ist ein Dokumentarfilm, der bei einem umweltinteressierten und globalisierungskritischen Publikum seit Monaten heiß diskutiert wird. Die weltweiten Machenschaften der französischen Konzerne Veolia Environnement und GDF Suez dienen mittlerweile als Muster für die Fehlentwicklungen einer entfesselten Globalisierung und gewissenloser Gewinnmaximierung auf Kosten der Befriedigung eines Grundbedürfnisses: Sauberes Wasser.

Das Schöne daran: Die Stadt München und ihre Stadtwerke dienen als Gegenbeispiel - als leuchtendes Vorbild für verantwortungsvolle und nachhaltige Wasserwirtschaft. OB Ude kommt in dem Streifen mehrmals zu Wort und erklärt, warum die Stadt ihre Stadtwerke nicht verkauft hat und wie es gelang, zahlreiche Landwirte im Einzugsgebiet der Mangfall mit einem Förderprogramm zum Umstieg auf ökologische Landwirtschaft zu ermutigen. Dadurch erhalten die Münchnerinnen und Münchner sehr sauberes und zugleich kostengünstiges Wasser aus ihrer Leitung. Und im Mangfallgebiet ist das größte zusammenhängend ökologisch bewirtschaftete Gebiet in ganz Deutschland entstanden.

Diese Strategie ist, um der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht auf eine Grüne Initiative zurückzuführen, sondern war eine Idee der Stadtwerke und wird im Stadtrat parteiübergreifend getragen - mal abgesehen von den wirklich unverbesserlichen Marktradikalen der FDP. Aber natürlich begreift sich das rot-grüne Bündnis als Gralshüter dieses Paradebeispiels nachhaltigen Wirtschaftens - wenn z.B. die CSU mal wieder die Idee haben sollte, die Stadtwerke als Ganzes zu verkaufen.

Dieser Film ist eine Werbung für die Stadt München und ihre Politik, wie die Grünen sie sich nicht schöner vorstellen können - auch wenn der Oberbürgermeister, der da die Stadt repräsentiert, ein Roter ist. Einstweilen ist das noch so.

Markus Viellvoye

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

siegfried.benker@muenchen.de

Lydia Dietrich

lydia.dietrich@muenchen.de

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Max Leuprecht

www.hep-monatzeder.de

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Cluade Unterleitner, Liane Rohen,

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Nikolaus Hoening

nikolaus.hoenning@gruene-muenchen.de

Katharina Schulze

katharina.schulze@gruene-muenchen.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 211 597 20

Jana Kehl; jana@gjm.de

Mattia de Virgilio; mattia@gjm.de

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen-rosa liste
Marienplatz 8
80331 München

Redaktion: Markus Viellvoye (verantwortl.),
Tassia Fouki, Sabine Gehring, Herrad Mee-
se, Lena Schmid-Noerr, Joe Högl.

Druck: ulenspiegel druck gmbh
Birkenstr. 3, 82346 Andechs